



N i e d e r s c h r i f t

**der 54. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
29.05.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 20:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand Harald Bartl	Oberbürgermeister CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:30 Uhr
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:41 Uhr
Christoph Bernstiel Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 17:15 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:30 Uhr
Eberhard Doege Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme von 15:11 Uhr bis 19:45 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:30 Uhr
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:30 Uhr
Frank Sängler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:30 Uhr
Andreas Schachtschneider Andreas Scholtyssek Michael Sprung Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:30 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:52 Uhr
Dirk Gernhardt Ute Haupt Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 19:30 Uhr
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 19:20 Uhr
Marion Krischok Hendrik Lange Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 17:00 Uhr
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 18:40 Uhr
Elisabeth Nagel Thomas Schied Frigga Schlüter-Gerboth Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 30:33 Uhr
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 17:15 Uhr

Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 18:06 Uhr
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme bis 17:48 Uhr
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER
David Hügel	AfD Stadtratsfraktion Halle
Gernot Nette	AfD Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue	AfD Stadtratsfraktion Halle

Verwaltung

Egbert Geier	Beigeordneter für Finanzen und Personal
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, Teilnahme ab 18:40 Uhr
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
Dörthe Riedel	Referentin im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Umwelt
Martin Heinz	Leiter Fachbereich Immobilien
René Simeonow	amt. Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht, Teilnahme bis 18:00 Uhr
Stefan Richter	Leiter Abteilung Rechtsberatung und offene Vermögensfragen, Teilnahme ab 18:00 Uhr
Lars Loebner	Leiter Fachbereich Planen, Teilnahme bis 18:40 Uhr
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Prof. Dorothea Vent	Fraktion MitBÜRGER
Gerhard Pitsch	Stadtrat

zu Einwohnerfragestunde

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Uwe Willamowski zum Behindertenbeirat

Zum Tagesordnungspunkt 8.3 sagte **Herr Willamowski**, dass der Behindertenbeirat kein parteiinternes Gremium werden sollte und die Selbstständigkeit dessen bewahrt werden muss. Er fragte, warum im Vorfeld nicht mit Betroffenen gesprochen wird.

Herr Paulsen antwortete, dass die Verwaltung mit heutiger Beschlussfassung beauftragt wird, einen Rahmen und eine Satzung zu erarbeiten, wie dieses Gremium arbeiten kann. Es werden dazu Gespräche mit den Verbänden erfolgen und dessen Empfehlungen gehört. Im Anschluss wird eine Vorlage in den Stadtrat eingebracht, über welche beraten wird.

zu Robin May zum B-Plan 151

Herr May fragte, warum das Umweltgutachten zum B-Plan 151 nicht beachtet wird, welches besagt, dass bei der Umsetzung der Planung die vorhandenen Bodenkontaminierungen zu beseitigen sind.

Herr Loebner antwortete, dass im Planungsausschuss die Technologie vorgestellt wurde, nach der die Pfahlgründung erfolgt. Durch Verdrängung kommt es zu keinem Austausch der Bodenschichten. Bei den Bohrungen wird das Material direkt mit Beton gefüllt, sodass technologisch sichergestellt ist, dass es zu keiner Verunreinigung kommt und keine Gefährdung und Entdichtung dieser versiegelten Schicht auftritt.

zu Rodney Thomas zur Stufe 3 Stadtbahnprogramm

Herr Thomas fragte, wie die Einkommenssituation der Gewerbetreibenden, die durch die Stufe 3 des Stadtbahnprogrammes betroffen sind, unterstützt wird.

Herr Loebner sagte, dass die Auswirkungen so gering wie möglich gehalten werden. Bei der letzten Baumaßnahme in der Steinstraße wurde dies gut umgesetzt und die Rückmeldungen der Händler waren positiv. Um die Auswirkungen gering zu halten, werden immer schnelle Lösungen, beispielsweise Zuwegungen zum Geschäft, eingerichtet.

Herr Thomas fragte, ob eine demokratische Veranstaltung stattfinden wird, bei der die Anwohner Giebichensteins aktiv über die Gestaltung im Rahmen der Stufe 3 mitbestimmen können.

Herr Loebner sagte, dass noch eine Veranstaltung vor den Sommerferien stattfinden wird. Der genaue Termin sei aber noch nicht bekannt.

zu Manuel Schroeder zu Ersatzpflanzungen auf der Peißnitzinsel

Herr Schroeder fragte, ob die nicht angewachsenen Ersatzpflanzungen auf der Peißnitzinsel ersetzt werden.

Frau Riedel antwortete, dass die Bäume voraussichtlich im Herbst ersetzt werden, um das Anwachsen zu gewährleisten.

zu Manuel Schroeder zur Stufe 3 Stadtbahnprogramm

Herr Schroeder fragte nach Alternativen zu den anstehenden Umbauarbeiten im Giebichensteinviertel.

Herr Loebner antwortete, dass im Rahmen einer Informations- oder Beteiligungsveranstaltung die Bevölkerung einbezogen wird.

zu Sandra Stärz zur Kitaplatzvergabe

Frau Stärz fragte, warum ihr der Eigenbetrieb Kindertagesstätten rät, die Stadt zu verklagen, weil sie noch immer keinen Kitaplatz vermittelt bekommen hat.

Frau Brederlow sagte, dass die Plattform zur Vergabe der Kitaplätze erneuert werden soll. Sie sagte zu, der Aussage des EB Kita nachzugehen.

zu Mandy Mazlinja zur Wohnsituation in der Schlosserstraße

Zur Wohnsituation in der Schlosserstraße fragte **Frau Mazlinja**, warum erst jetzt Reaktionen folgen.

Herr Teschner sagte, dass im Bereich Schlosserstraße seit 2017 eine intensive Streifen­tätigkeit durch Polizei und Ordnungsamt erfolgt. Darüber hinaus gab es weitere intensive Maßnahmen, wie eine wöchentliche Bürgersprechstunde vor Ort und ein Sprachprojekt über die AWO Spi. Er wies den Vorwurf zurück, dass die Behörden erst jetzt tätig geworden sind, nachdem ein Teil der EU-Bürger weggezogen ist.

zu Rüdiger Tatus zur Wohnsituation in der Schlosserstraße

Herr Tatus fragte, ob die Verwaltung wisse, wie viele Personen aus dem Wohngebiet Schlosserstraße weggezogen sind und wann eine offene Bürgersprechstunde erfolgen wird, um über die Problematik zu sprechen.

Herr Paulsen sagte, dass es zahlreiche Gesprächsangebote im Wohnviertel gab, welche auch wahrgenommen wurden. Als Stadt kritisiere man das Vorgehen des Vermieters, welcher Blockweise Wohnraum an die gleiche Kulturgruppe vermietet hat. So kann Integration nicht gelingen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 54. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 48 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (84,21 %) fest.

Sie bat um eine Schweigeminute für die verstorbene ehemalige Stadträtin Frau Dr. Charlotte Wuttke.

Anschließend gratulierte **Frau Müller** Herrn Gernhardt zu seinem heutigen Geburtstag.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Müller schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.14

2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/05038

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 7.17

Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/04806

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.2

Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Instandsetzung der Gehwege im Stadtteil Giebichenstein

Vorlage: VI/2019/04974

- **durch Antragsteller zurückgezogen**

TOP 8.2.1

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Instandsetzung der Gehwege im Stadtteil Giebichenstein (Vorlage Nr. VI/2019/04974)

Vorlage: VI/2019/05067

- **Vorschlag: absetzen**
- **TOP 8.2 wurde zurückgezogen**

TOP 8.3.1

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)

Vorlage: VI/2019/05039

- **Vorschlag: absetzen**
- **im SGGA vom Antragsteller zurückgezogen**

TOP 8.4.1

Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorkaufsrecht für bedeutsame Immobilien

Vorlage: VI/2019/04834

- **Vorschlag: absetzen**
- **im Planungsausschuss vom Antragsteller zurückgezogen**

TOP 8.9

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufwertung des Wohngebietes Heide-Nord

Vorlage: VI/2019/05103

- **Vorschlag: absetzen**
- **im HA vom Antragsteller zurückgezogen**

TOP 8.10

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet

Vorlage: VI/2018/04529

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Planungsausschuss vertagt**

TOP 8.12

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Ampelgriffen

Vorlage: VI/2019/04987

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.13

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der sanierten Pferderennbahn

Vorlage: VI/2019/04979

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.14

Antrag der Fraktion MitBürger zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/05105

- **Vorschlag: absetzen**
- **im Planungsausschuss vom Antragsteller zurückgezogen**

Frau Müller machte auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 7.4

Vorbereitung und Durchführung der Wahl des Oberbürgermeisters (m/w/d)

Vorlage: VI/2019/05130

- **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 7.5

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung

Vorlage: VI/2019/05153

→ **Ergänzung in der Begründung auf Seite 7**

TOP 8.3

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion

Vorlage: VI/2019/04964

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE vor**
- **Behandlung unter TOP 8.3.2**

TOP 8.6

Antrag der Fraktion DIE LINKE zu Zwischennutzungen bei leerstehenden städtischen Gebäuden ermöglichen

Vorlage: VI/2019/04966

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor**
- **Behandlung unter TOP 8.6.1**

TOP 8.7

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/04967

- **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 8.8

Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Errichtung von Fahrradbügeln am August-Bebel-Platz und am Islamischen Kulturzentrum in Halle-Neustadt

Vorlage: VI/2019/05063

- **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 9.5

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)

Vorlage: VI/2019/05188

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor**
- **Behandlung unter TOP 9.5.1**

Herr Krause sagte, dass der Tagesordnungspunkt

- 8.15. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Abschaffung der kommunalen Straßenausbaubeiträge
Vorlage: VI/2019/05087

im Finanzausschuss für erledigt erklärt wurde.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 27.03.2019
 - 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 24.04.2019
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 - 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrates vom 24.04.2019 und 09.05.2019
Vorlage: VI/2019/05223
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
 - 7.1. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: VI/2019/05003
 - 7.2. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: VI/2019/05037
 - 7.3. Wahl eines Wahlbevollmächtigten und dessen Vertreter zur Vorbereitung der Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle
Vorlage: VI/2019/05172
 - 7.4. Vorbereitung und Durchführung der Wahl des Oberbürgermeisters (m/w/d)
Vorlage: VI/2019/05130
 - 7.5. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VI/2019/05153
 - 7.6. Widmung der Clausthaler Straße
Vorlage: VI/2019/05042
 - 7.7. Verzicht auf den Variantenbeschluss zum Spielplatz Nietleben Heidesee
Vorlage: VI/2019/05040
 - 7.8. Verzicht auf Variantenbeschluss für Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale, Anteil Böschungsbefestigung
Vorlage: VI/2019/04959

- 7.9. Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 0 Wohngebietszentrum Südpark Ortsteil Neustadt
- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04825
- 7.10. Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 159 Giebichensteinbrücke (BR 044)
Vorlage: VI/2019/04949
- 7.11. Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale, Anteil
Böschungsbefestigung
Vorlage: VI/2019/05019
- 7.12. Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 288 Brachwitzer Straße
Vorlage: VI/2019/04975
- 7.13. Beschluss über Prioritätenliste zur Verwendung von Zuwendungen im Rahmen des
Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes des Bundes (KInvFG) durch die Stadt Halle
(Saale)
Vorlage: VI/2019/04807
- 7.14. *2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt
Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2019/05038 *vertagt*
- 7.15. Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule Silberwald
und Förderschule "Janusz Korczak", Roßlauer Straße 13/14, 06132 Halle (Saale), unter
dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms
STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2019/04942
- 7.16. Hinausschieben des Wirksamwerdens eines kw-Vermerkes im FB Sport bis zum
31.12.2020
Vorlage: VI/2019/05157
- 7.17. *Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für
Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2019/04806 *vertagt*
- 7.18. Verlängerung der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) – Teilplan für die
Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13, 14, 16 SGB VIII)
Vorlage: VI/2019/05139
- 7.19. Umsetzung ESF-Programm "Bildung integriert": Bildungsmonitoring
Vorlage: VI/2019/05136
8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04656
- erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters -

- 8.2. *Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Instandsetzung der Gehwege im Stadtteil Giebichenstein*
Vorlage: VI/2019/04974 *zurückgezogen*
- 8.2.1. *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Instandsetzung der Gehwege im Stadtteil Giebichenstein (Vorlage Nr. VI/2019/04974)*
Vorlage: VI/2019/05067 *zurückgezogen*
- 8.3. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion
Vorlage: VI/2019/04964
- 8.3.1. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)*
Vorlage: VI/2019/05039 *zurückgezogen*
- 8.3.2. *Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)*
Vorlage: VI/2019/05242
- 8.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorkaufsrecht für bedeutsame Immobilien
Vorlage: VI/2019/04757
- 8.4.1. *Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorkaufsrecht für bedeutsame Immobilien*
Vorlage: VI/2019/04834 *zurückgezogen*
- 8.5. Antrag der Fraktionen DIE LINKE; SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Waldbeirat
Vorlage: VI/2018/04550
- 8.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE zu Zwischennutzungen bei leerstehenden städtischen Gebäuden ermöglichen
Vorlage: VI/2019/04966
- 8.6.1. *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zu Zwischennutzungen bei leerstehenden städtischen Gebäuden ermöglichen*
VI/2019/04966
Vorlage: VI/2019/05267
- 8.7. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04967
- 8.8. Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Errichtung von Fahrradbügeln am August-Bebel-Platz und am Islamischen Kulturzentrum in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2019/05063

- 8.9. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufwertung des Wohngebietes Heide-Nord*
Vorlage: VI/2019/05103 zurückgezogen
- 8.10. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet*
Vorlage: VI/2018/04529 vertagt
- 8.11. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterzeichnung der Erklärung „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“*
Vorlage: VI/2019/04988
- 8.12. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Ampelgriffen*
Vorlage: VI/2019/04987 vertagt
- 8.13. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der sanierten Pferderennbahn*
Vorlage: VI/2019/04979 vertagt
- 8.14. *Antrag der Fraktion MitBürger zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2019/05105 zurückgezogen
- 8.15. *Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Abschaffung der kommunalen Straßenausbaubeiträge*
Vorlage: VI/2019/05087 erledigt
- 8.16. *Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur nochmaligen Befassung des Stadtrats mit den Niederschriften der Stadtratsitzungen vom 30.01.2019 und 27.02.2019 öffentlicher Teil*
Vorlage: VI/2019/05096
9. *Anträge von Fraktionen und Stadträten*
- 9.1. *Antrag der CDU/FDP-Fraktion zum Namenszusatz für die Georg-Friedrich-Händel Halle*
Vorlage: VI/2019/05176
- 9.2. *Antrag der der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Fluthilfemaßnahme 266 - Riveufer*
Vorlage: VI/2019/05177
- 9.3. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels*
Vorlage: VI/2019/05143
- 9.4. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Freibades in Halles Süden*
Vorlage: VI/2019/05187
- 9.5. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)*
Vorlage: VI/2019/05188

- 9.5.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)
Vorlage: VI/2019/05259
- 9.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aufstellung öffentlicher Toiletten
Vorlage: VI/2019/05189
- 9.7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vermeidung von Einwegplastikmüll
Vorlage: VI/2019/05202
- 9.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Prioritäten bei den Städtebaufördermittelanträgen
Vorlage: VI/2019/05203
- 9.9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorrang für Erbbaurecht
Vorlage: VI/2019/05205
- 9.10. Antrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger) zur verbesserten Information der Öffentlichkeit bei Baumfällungen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/05217
- 9.11. Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Vermeidung der Einbürgerung von Ausländern mit fehlender dauerhafter eigenständiger Sicherung des Lebensunterhalts
Vorlage: VI/2019/05197
- 9.12. Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle auf regelmäßige Überprüfung der Aufenthaltsberechtigung EU-Ausländern bei der Beantragung und Verlängerung von Sozialleistungen nach SGB II
Vorlage: VI/2019/05208
- 10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Gewerbeanmeldungen und der missbräuchlichen Nutzung für Sozialbetrug
Vorlage: VI/2019/05178
- 10.2. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Nutzung von Förderprogrammen des Bundes, hier zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur
Vorlage: VI/2019/05179
- 10.3. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Identitätsbestimmung in der Ausländerbehörde
Vorlage: VI/2019/05181
- 10.4. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Spielflächenkonzeption der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05182
- 10.5. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu gerichtlichen Verfahren der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05183

- 10.6. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu den Folgen der Hitzewelle
Vorlage: VI/2018/04282
- 10.7. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu Ersatzpflanzungen
Vorlage: VI/2019/05180
- 10.8. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Baufortschritt am Hufeisensee
Vorlage: VI/2019/05190
- 10.9. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
Vorlage: VI/2018/04548
- 10.10. Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE) zu Spielmöglichkeiten auf Spielplätzen
Vorlage: VI/2019/05092
- 10.11. Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE) zu Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Diesterwegstraße
Vorlage: VI/2019/05089
- 10.12. Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE) zur Ausstattung im sanierten Gebäude der 2. IGS Halle
Vorlage: VI/2019/05081
- 10.13. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Straßenausbaubeiträgen
Vorlage: VI/2019/05185
- 10.14. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Verkehrsführung und zu Kontrollen in der Kleinen Ulrichstraße
Vorlage: VI/2019/05186
- 10.15. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ersatzpflanzungen im Südpark
Vorlage: VI/2019/05093
- 10.16. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung mit einem Projekt am Bundesprogramm "Blaues Band Deutschland"
Vorlage: VI/2019/04976
- 10.17. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Halle-Pass A
Vorlage: VI/2019/05193
- 10.18. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Fahrgastzahlen der HAVAG in der Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: VI/2019/05198
- 10.19. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Informationen für sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner
Vorlage: VI/2019/05199

- 10.20. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Verwendung der Finanzmittel für Reparaturen an Straßen, Wegen und Plätzen in 2018 und die Planung 2019
Vorlage: VI/2019/05200
- 10.21. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von Projekten in Glaucha
Vorlage: VI/2019/05201
- 10.22. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Sperrpfosten und Pollern
Vorlage: VI/2019/05206
- 10.23. Anfrage der Fraktion MitBürger zum Einsatz von Open Source Software in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05212
- 10.24. Anfrage der Fraktion MitBürger zum Bau eines Spielplatzes in Seeben
Vorlage: VI/2019/05213
- 10.25. Anfrage der Fraktion MitBürger zur Abschlepp-Praxis der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05214
- 10.26. Anfrage der Fraktion MitBürger zur Kostenheranziehung bei Pflegekindern
Vorlage: VI/2019/05215
- 10.27. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur steigenden Anzahl gefährlicher Körperverletzungen und Tötungen mit Stichwaffen.
Vorlage: VI/2019/05209
- 10.28. Anfrage der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Echtheitsprüfung von Dokumenten und Urkunden in den Meldeämtern der Stadt Halle
Vorlage: VI/2019/05195
- 10.29. Anfrage der AfD Stadtratsfraktion Halle zu Sozialleistungen-beziehenden-EU-Ausländern in der Schlosserstraße und dem gesamten Einzugsgebiet der Stadt Halle
Vorlage: VI/2019/05210
- 10.30. Anfrage der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Instandsetzung, Beräumung und Reinigung sogenannter Integrationswohnungen für Leistungsempfänger nach dem AsylbLG und SGB II
Vorlage: VI/2019/05211
- 11. Mitteilungen
- 11.1. Jahresrechnung 2018 und Haushaltsplan 2020 der Oelhafte-Zeysesche Stiftung
Vorlage: VI/2019/05123
- 11.2. Jahresrechnung 2018 und Haushaltsplan 2020 der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung
Vorlage: VI/2019/05124
- 11.3. IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04925
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten

- 12.1. mdl. Anfrage Herr Scholtyssek zum Kreuzungsbereich am Wasserturm Nord
13. Anregungen
- 13.1. Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufstellung von Paperkörben im Naherholungsgebiet Kreuzer Teiche
Vorlage: VI/2019/05196
- 13.2. Anregung des Stadtrates Dirk Gernhardt (DIE LINKE) zur Teilnahme an der bundesweiten Aktion "Stadtradeln"
Vorlage: VI/2019/05192
- 13.3. Anregung des Stadtrates Kay Senius (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Erhöhung des Anteils an barrierefreien Wohnungen bei HWG und GWG
Vorlage: VI/2019/05251
- 13.4. Anregung des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Verbesserung der Sicherheit im Bereich der Haltestelle "Am Wasserturm"
Vorlage: VI/2019/05265
14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Herr Nette sagte, dass den Stadträtinnen und Stadträten die Niederschriften vom 27.03.2019 und 24.04.2019 verspätet zugegangen sind und daher zu vertagen sind.

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 27.03.2019

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 24.04.2019

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

**zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrates vom 24.04.2019 und 09.05.2019
Vorlage: VI/2019/05223**

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 24.04.2019 und 09.05.2019 vor dem Sitzungssaal öffentlich ausgehängt und somit bekanntgegeben sind.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass am 30. April 2019 das Maibaumsetzen mit „Frühlings-Singen“ und einem Familienfest in der Silberhöhe gefeiert wurde. Die Aktion ergänzt die Aktivitäten im Stadtteil Silberhöhe mit Anwohnerinnen und Anwohnern und Partnern der „Arbeitsgruppe Silberhöhe“.

Am 4. Mai wurde der Bürgerpark „Freiimfelde“ in der Landsberger Straße eröffnet. Auf 6.000 m² Parkfläche gibt es unter anderem einen Bolzplatz, eine kleine Tribüne, einen Spielplatz und einen Apothekergarten. Kooperationspartner sind die Stadt Halle (Saale), die Montag Stiftung Urbane Räume und die Freiraumgalerie - Kollektiv für Raumentwicklung.

Am 6. Mai wurde die Große Steinstraße eröffnet. Diese wurde auf einer Länge von 650 Metern ausgebaut und eine neue Verkehrsführung wurde realisiert. Die Kosten beliefen sich auf insgesamt 17 Millionen Euro. Die Eröffnung wurde begleitet von einem Anliegerfest mit 60 Institutionen, Unternehmen, Dienstleistern, Händlern und Privatpersonen.

Am 11. Mai wurde die erste Wasserstofftankstelle in der Blücherstraße 7 in Betrieb genommen. Diese ist die zweite Wasserstofftankstelle des Landes Sachsen-Anhalts. Das Car-Sharing-Angebot der PS Union soll um zehn wasserstoffbetriebene Fahrzeuge ergänzt werden. Stadtwerke und kommunale Entsorgungs- und Wohnungsunternehmen planen den Einsatz solcher Fahrzeuge.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass ebenfalls am 11. Mai ein neuer Anleger für die Fahrgastschiffahrt am MMZ in Betrieb genommen wurde. Er verwies auf die Kombination aus erneuerter Ufermauer mit Schiffsanleger, Freitreppe und integrierter Rampe für einen barrierefreien Zugang. Die Kosten betragen 2,5 Millionen Euro. Davon waren allein 290.000 Euro Eigenmittel der Stadt Halle (Saale).

Am 10. Mai wurde Richtfest für das neue Feuerwehrgerätehaus in Dörlau gefeiert. Es entsteht ein Gerätehaus mit drei Stellplätzen, einem Schulungs- und Sozialtrakt sowie Räumen für die Jugend- und Kinderfeuerwehr. Die Kosten betragen 2,2 Millionen Euro und werden komplett aus Eigenmitteln der Stadt Halle (Saale) finanziert. Die Fertigstellung ist für das erste Quartal 2020 geplant.

Am 11. Mai fand die 11. gemeinsame Museumsnacht der Städte Halle und Leipzig statt. Die zentrale Eröffnung unter dem Motto „Vorhang auf!“ fand im Kunstmuseum Moritzburg statt. Es beteiligten sich 29 hallesehe Einrichtungen. In insgesamt 81 Museen und Einrichtungen in Halle und Leipzig wurden mehr als 400 Aktionen geboten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass der Botschafter Armeniens, Ashot Smbatyan, die Stadt Halle (Saale) am 17. Mai besucht hat. Gesprächsthema war die weitere kulturelle Zusammenarbeit und eine mögliche Partnerschaft mit einer Stadt in Armenien und der Stadt Halle (Saale).

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete von der Grundsteinlegung des neuen Globus Warenhauses in der Dieselstraße am 13. Mai. Im Frühsommer 2020 soll der Markt des Einzelhandel-Unternehmens mit 360 Mitarbeitern eröffnen. Die Investition wird die Einkaufslandschaft Halles bereichern.

Am 17./18. Mai fand der 15. Freiwilligentag statt, bei dem mehr als 900 Helferinnen und Helfer im Einsatz waren. Unter dem Motto „Engel für einen Tag“ waren Freiwillige in mehr als 70 Mitmachaktionen aktiv. Zum ersten Mal fand der stadtweite Engagement-Tag im Frühjahr und über zwei Tage statt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass der Förderbescheid (Stark III plus EFRE) seit dem 18. Mai für die Sanierung der Lessing-Grundschule vorliegt. Damit ist die Finanzierung der Umbaumaßnahmen in Höhe von 4,75 Millionen Euro gesichert. Das Schulgebäude aus dem Jahr 1976 soll bis Ende 2021 saniert und umgebaut werden, und erhält unter anderem einen Aufzug.

Am 21. Mai fand die Zukunftswerkstatt „Westliche Neustadt“ statt. Die Bürgerversammlung für die westliche Neustadt und Nietleben hat in der Gemeinschaftsschule „Heinrich Heine“ stattgefunden. Vorgestellt wurde unter anderem das geplante neue Stadtteilzentrum am Niedersachsenplatz und die Ausweisung eines neuen Wohngebietes an der Bennstedter Straße.

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung Stadtteilzentrum wurde vom 21. bis 29. Mai das Strukturkonzept „Stadtteilzentrum Neustadt“ im Terrassencafe der Scheibe D vorgestellt. Das vom Stadtrat beschlossene Konzept beinhaltet planerische Ziele für das Sanierungsgebiet „Stadtteilzentrum Neustadt“.

Am 22. Mai fand im Stadthaus eine Teilnehmerkonferenz der Behördennummer 115 statt. Die Stadt Halle (Saale) war mit der Einführung 2013 eine der Vorreiterkommunen. Am 8. Mai wurde die Kooperationsvereinbarung zur Basisabdeckung des südlichen Sachsen-Anhalts geschlossen. Auf das „Servicecenter 115“ sind sechs Landkreise zugeschaltet.

Weiterhin berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass am 28. Mai der Transferpreis anlässlich des „transHAL-Innovationstages“ im Löwengebäude verliehen wurde. Die Stadt Halle (Saale) stiftet den Preis der Kategorie „Erfolgreiche regionale Transferkooperationen“ mit 1000 Euro. Der Preis ging an das Projekt „INZELL – Intelligente Feststoffzellen“ der „enspring GmbH“ (Entwicklung von Festkörper-Akkumulatoren als Energiespeicher).

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass der 56. Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ vom 6. bis 13. Juni in Halle stattfinden wird. Es werden ca. 3.000 Teilnehmer und 7.000 Betreuer/Angehörige erwartet. Für die Gäste wird ein attraktives Begleitprogramm geboten. Die Stadt Halle (Saale) und Partner aus der Wirtschaft und der Region unterstützen den Deutschen Musikrat bei der Durchführung des Wettbewerbs.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte weiter, dass am 15. Mai das erste Stadtklimaprojekt von Halle (Saale), dem Deutschen Wetterdienst und dem Land beendet wurde. Das Pilotprojekt fand von 2015 bis 2018 statt. Die Akteure waren unter anderem mit drei Straßenbahnen mit Messstationen in der Stadt unterwegs. Die Daten werden zur Entwicklung weiterer Instrumente genutzt, um auf die Folgen des Klimawandels zu reagieren.

Zur CO₂-Minderung in Halle (Saale) verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auf die Schulsanierungsprogramme Stark III zur Energieeffizienzsteigerung in Schulen, den klimagerechten Stadtumbau im Lutherviertel, die Inbetriebnahme des weltweit größten Energiespeichers für Fernwärme und die Gründung der „Energie-Initiative Halle (Saale)“ zur Stärkung der Fernwärme sowie das Stadtbahnprogramm, den Ausbau alternativer Antriebstechnologien im Stadtgebiet und die Umstellung des kommunalen Fuhrparks. Weiterhin verwies er auf Maßnahmen zur Optimierung des Verkehrs in der Paracelsusstraße, die Eröffnung der HES und die Umrüstung der Straßenbeleuchtung beziehungsweise Lichtsignalanlagen auf LED-Technologie.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über folgende fünf Vorhaben für eine klimagerechte Stadtentwicklung: die Übernahme der Ergebnisse der Stadtklimauntersuchungen in die Flächennutzungsplanung, die Entwicklung einer

Klimaverträglichkeitsprüfung für Bauvorhaben, die Umwandlung der „Fassadenbegrünungsrichtlinie“ zum Förderprogramm „Bauwerksbegrünung und Niederschlagsverwaltung“, eine neue Gasturbine für den Energiepark Dieselstraße mit kurzer Startlaufzeit sowie die Bereitstellung geobasierter Informationen zum Stadtklima zur Verbesserung der Wissensgrundlage und zur Stärkung der Eigenvorsorge der Stadtgesellschaft.

Er informierte weiter, dass die Energie- und CO₂-Bilanz nach deutschlandweitem „Bilanzierungsstandard Kommunal“ (BISKO) erfolgt. Die energiebedingten Treibhausgasemissionen der Stadt Halle (Saale) lagen im Jahr 2015 bei 1,1 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente. Jede Hallenserin und jeder Hallenser hat also rechnerisch durchschnittlich 4,6 Tonnen CO₂-Äquivalente (MD: 5,1; LSA: 11,5; Deutschland: 9,3) verursacht. Im Vergleich zu 1990 haben sich die Emissionen der Stadt Halle (Saale) bis zum Jahr 2015 um 49 Prozent reduziert. Damit hat die Stadt ihre Zielsetzung für 2020 bereits erreicht und strebt die nächste Zielmarke an.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete weiter zum aktuellen Stand des Klimaschutzkonzeptes. Im Jahr 2013 wurde das neue Dienstleistungszentrum Klimaschutz im Geschäftsbereich II eingerichtet. Das Klimaschutzkonzept 2013 wurde vom Stadtrat zur Kenntnis genommen. 2016 wurde der Umsetzungsplan beschlossen. Aktuell sind davon 85 Prozent der Maßnahmen umgesetzt. Das Dienstleistungszentrum Klimaschutz untersteht seit dem 01.01.2019 dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters und unterliegt der Leitung des Grundsatzreferenten. Ein neues Klimaschutzkonzept wird dem Rat im September vorgelegt.

Die Forderungen von Fridays for Future werden von der Verwaltung bereits bearbeitet und vollständig in das neue Klimaschutzkonzept aufgenommen. Die Lenkungsgruppe wird vierteljährlich unter der Leitung des Grundsatzreferenten tagen. Die Ergebnisse werden im Umweltausschuss beraten. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** möchte die Vertreter von Fridays for Future Halle einladen, tatkräftig in der Lenkungsgruppe mitzuarbeiten.

Weiterhin berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** vom Projektstatus der Innovationsregion Mitteldeutschland und stellte die Förderprogramme für das Mitteldeutsche Revier vor. Im Ideenwettbewerb „Unternehmen Revier“ sind 74 Projektskizzen eingegangen. Der Strukturwandel in der Kohleregion soll aus Sicht der Bundesregierung vom 22.05.2019 auf Projekten basieren, die nach folgenden Kriterien auszuwählen sind: neue Arbeitsplätze, neue Wertschöpfungsketten, dauerhafte wirtschaftliche Dynamik mit qualitativ hochwertiger Beschäftigung und wirtschaftlich starke nachhaltige Standorte mit wettbewerbsfähigen Unternehmen. Die Ziele werden regelmäßig evaluiert. Zudem soll es zur Einführung eines Anpassungsgeldes für ältere Arbeitnehmer der Braunkohlewirtschaft kommen.

Das Mantelgesetz „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ soll im Entwurf von der Bundesregierung bis zur Sommerpause vorgelegt werden. Bis 2021 sind Mittel in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr vorgesehen. Es gibt ein Koordinierungsgremium, welches die Bundesregierung und das Land Sachsen-Anhalt bei der Durchführung und Umsetzung der Projekte berät und unterstützt. Das Gremium wird besetzt mit Staatssekretären unter dem Vorsitz des Bundesministers für Wirtschaft. Bei der Zuordnung von Projekten muss im Rahmen des geltenden Rechts in jedem Einzelfall eine fachliche und beihilferechtliche Prüfung erfolgen. Das Land Sachsen-Anhalt muss die regionalen Akteure vor Ort einbeziehen, darunter Unternehmen, Kammern, Verbände, Gewerkschaften, die Bundesagentur für Arbeit und die Zivilgesellschaft.

Teil des Mantelgesetzes ist das „Innovationsgesetz Kohleregionen“. Bund-Länder-Vereinbarungen regeln die Ausgestaltung der Länderprogramme zur Gewährung von Finanzhilfen im Einklang mit den Leitbildern für die Regionen. Damit wird sichergestellt, dass

die Länder selbst die Förderprojekte mitbestimmen. Der Mitteleinsatz des Bundes in Höhe von 14 Milliarden Euro im Förderzeitraum bis spätestens 2038 wird fortlaufend evaluiert. Das sind 1,68 Milliarden Euro für das Land Sachsen-Anhalt (12%). Die Verwaltung der Finanzhilfen liegt bei den Ländern. Die Länder leisten einen angemessenen Eigenanteil. Es beinhaltet Bereiche mit Bezug zur Wirtschaftsförderung und den international vereinbarten Nachhaltigkeitszielen: Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung, Cybersicherheit- und Informationsfreiheit, Mobilität, Verkehrs-, Energie- und Forschungsinfrastruktur.

Zum Leitbild des Mitteldeutschen Reviers berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Landesregierungen in Abstimmung mit dem Bund eigene struktur- und energiepolitische Leitbilder entwickelt haben, für eine nachhaltige Entwicklung in einem umfassenden, ökonomischen, ökologischen und sozialen Verständnis. Schwerpunkte sind: nachhaltige Industriegesellschaft, Entwicklung zu einem europäischen Logistikhub sowie Innovation, Digitalisierung, Bildung und Kreativität.

Es gibt folgende zentrale Bereiche, die genutzt und förderfähig anerkannt werden sollen: zentraler Industriestandort, Chemie- und Energiewirtschaft: CO₂-neutrale Energieversorgung, Stärkung des Logistik- und Automobilsektors: Europäischer Logistikhub, Modell- und Laborregion, Digitalisierung, Bildung und Kreativität sowie Heimat, Anziehungspunkt und lebenswerte Orte.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Es gab keine Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters.

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle Vorlage: VI/2019/05003

Frau Dr. Wünscher fragte, warum sich Herr Borggrefe im Mitwirkungsverbot befindet.

Herr Schreyer antwortete, dass Herr Borggrefe gegen Entgelt bei der TOOH beschäftigt ist und sich daher im Mitwirkungsverbot befindet.

Resultierend aus den Voten der Fachausschüsse fragte **Herr Wolter**, warum die Verwaltung die Vorlage nicht zurückzieht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Unklarheiten im Gesellschaftsvertrag geklärt werden müssen. Die vorliegende Vorlage ist ein Impuls, mit der Möglichkeit Änderungen einzubringen.

Herr Wolter sagte, dass ihn Alternativmodelle interessieren würden. Aus diesem Grund stellte er einen Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Finanzausschuss, um die Vorlage mit den Alternativen diskutieren zu können.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die Fraktion DIE LINKE die Vorlage ablehnen wird. Die

Beratungen in den Ausschüssen haben ein eindeutiges Signal gegeben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass hier die Chance einer Klarstellung besteht.

Herr Krause sagte, dass der Anlass für diese Vorlage ein anderer war. Der ursprüngliche Konflikt innerhalb der TOOH kann so nicht gelöst werden. Sollte die Vorlage von der Verwaltung nicht zurückgezogen werden, so beantrage er Einzelpunktabstimmung.

Frau Dr. Brock sagte, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrates und die neuen Aufsichtsräte in der Verantwortung stehen, Dinge zu verändern, die nachhaltig sind und für die nächsten Jahre die Arbeitsbedingungen zu verbessern, sodass für alle Klarheit und Transparenz existiert. Ihre Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Vorlage keinen Streit lösen soll, sondern damit eine Klarstellung erreicht werden soll. Gern können nach der Sommerpause neue Modelle in einer Beratungsrunde vorgestellt werden. Er habe innerhalb der TOOH zugesagt, die neuen Modelle dort vorab zu präsentieren. Es muss darüber entschieden werden, ob das Modell TOOH noch zeitgemäß ist oder Veränderungen unabdingbar sind.

Herr Nette sagte, dass das Problem größer gedacht werden muss, nämlich, was die Stadt mit geförderter Kultur erreichen will. Da ist die Gesellschaftsstruktur der TOOH nur ein Baustein. Bevor man sich nicht darüber verständigt hat, muss nicht beim Gesellschaftsvertrag der TOOH begonnen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte den Antrag auf Rederecht für Herrn Brenner.

Frau Dr. Wünscher sprach sich deutlich dagegen aus. Wenn, dann müssten alle Intendanten und der Geschäftsführer das Rederecht erhalten. Sie sagte, dass die angesprochenen Modelle vorab in den Ausschussberatungen nie von der Verwaltung thematisiert wurden.

Frau Müller bat um Abstimmung auf Erteilung des Rederechts:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Wolter wies darauf hin, dass mit Beschlussfassung eine Sperrfrist von sechs Monaten eintritt, in der man nicht mehr über die Thematik beraten darf.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die BMA gern darlegen kann, dass es sich hier lediglich um eine Klarstellung handelt und die Vorlage nichts anderes aufgreift.

Herr Dr. Wend stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und Abstimmung. Die geführte Diskussion sei scheinheilig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies den Vorwurf zurück.

Frau Dr. Brock fragte, ob eine sechs monatige Sperrfrist auch gilt, wenn ein Antrag zur selben Thematik in den Stadtrat eingebracht werden würde.

Herr Schreyer bejahte dies.

Frau Müller bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Frau Müller bat um Abstimmung der Vorlage, unter Beachtung des Antrages von Herrn Krause zur EinzelpunktAbstimmung.

Abstimmungsergebnis:

EinzelpunktAbstimmung

Pkt. 1a	mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 1b	mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 1c	mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 1d	mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 1e	mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 1f	mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 2	mehrheitlich abgelehnt

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA

Fabian Borggrefe

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgende Beschlüsse zu fassen:

- a. § 8 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt neu gefasst:

„Die Geschäftsführung führt die Geschäfte selbstverantwortlich nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages und der Geschäftsordnung sowie den der Gesellschafterversammlung nach diesem Vertrag obliegenden Beschlüssen. Die Geschäftsführung hat die den künstlerischen Leitern obliegende künstlerische Leitung der jeweiligen Sparten einschließlich der spartenbezogenen Öffentlichkeitsarbeit in völliger künstlerischer Selbstständigkeit und alleiniger künstlerischer Verantwortung sicherzustellen. Dabei repräsentieren die künstlerischen Leiter ihre jeweilige Sparte in künstlerischen Angelegenheiten im Außenverhältnis. Sie haben die wirtschaftlichen Vorgaben einzuhalten. Für die Berichtspflicht der Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat gelten die Vorschriften des Aktiengesetzes entsprechend.“

- b. § 10 Abs. 2 lit. a des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt neu gefasst:

„die Bestellung der Geschäftsführer, der Widerruf der Bestellung sowie der Abschluss, die Änderung, die Beendigung des Anstellungsvertrages mit den Geschäftsführern, einschließlich Ausübung des aus dem Anstellungsvertrag resultierenden Weisungsrechtes und der disziplinarischen Befugnisse. Die Bestellung des ersten Gründungsgeschäftsführers erfolgt durch den Gesellschafter;“

- c. § 10 Abs. 2 lit. b des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt neu gefasst:

„die Einstellung und Entlassung der künstlerischen Leiter für das Orchester, das Musiktheater, das Ballett, das Schauspiel, das Kinder- und Jugendtheater, das

Puppentheater sowie der Abschluss, die Änderung, die Beendigung des Anstellungsvertrages mit diesen, einschließlich Ausübung des aus dem Anstellungsvertrag resultierenden Weisungsrechtes und der disziplinarischen Befugnisse;“

d. In § 10 Abs. 2 wird folgender lit. i eingefügt:

„die Entscheidung über Meinungsverschiedenheiten zwischen Geschäftsführung und den künstlerischen Leitern.“

e. § 11 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt neu gefasst:

„Die Geschäftsführung, die künstlerischen Leiter und ein Vertreter der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, es sei denn, der Aufsichtsrat beschließt im begründeten Einzelfall etwas anderes.“

f. § 13 des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt neu gefasst:

„Die Geschäftsführung ist verpflichtet, dem Aufsichtsrat rechtzeitig vor Ablauf eines Geschäftsjahres den Wirtschaftsplan für das folgende Geschäftsjahr und einen Wirtschaftsplan für die folgenden fünf Jahre vorzulegen. Der Wirtschaftsplan setzt sich mindestens zusammen aus dem Erfolgsplan, dem Bilanzplan, dem Investitionsplan sowie dem Finanzplan mit Liquiditätsübersicht und Stellenübersicht (Personalplan). Den Anforderungen aus Ziffer 5.1 der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) soll Rechnung getragen werden. Darüber hinaus ist im Wirtschaftsplan ein gesondertes Personal- und Sachkostenbudget für die von den einzelnen künstlerischen Leitern geführten Sparten auszuweisen. Der Aufsichtsrat legt diesen Wirtschaftsplan der Gesellschafterversammlung mit seinem Vorschlag zur Entscheidung vor. Der Zustimmung bedarf der Wirtschaftsplan einschließlich Spartenbudgets für das folgende Geschäftsjahr. Über drohende Überschreitungen der Spartenbudgets ist der Aufsichtsrat unverzüglich durch die Geschäftsführung zu unterrichten und durch den zuständigen künstlerischen Leiter ein untergesetzter Vorschlag zur Abwendung der Budgetüberschreitung bzw. zum Ausgleich des Fehlbetrages zu unterbreiten.“

2. Der gesetzliche Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

**zu 7.2 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA
BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: VI/2019/05037**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA

Dr. Bernd Wiegand

Bernhard Bönisch
Andreas Scholtyssek
Elisabeth Nagel
Katharina Hintz
Dr. Inés Brock
Yvonne Winkler

Beschluss:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) werden für das Wirtschaftsjahr 2018 entlastet.

zu 7.3 Wahl eines Wahlbevollmächtigten und dessen Vertreter zur Vorbereitung der Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle Vorlage: VI/2019/05172

Frau Müller stellte vor Beginn des geheimen Wahlvorganges die Anwesenheit mit 51 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest.

Die Sitzung wurde während der Auszählung fortgesetzt.

Frau Müller gab das Ergebnis bekannt:

Herr Misch	9 Ja-Stimmen
Herr Dr. Meerheim	16 Ja-Stimmen
Herr Wilts	14 Ja-Stimmen
Herr Bauersfeld	7 Ja-Stimmen

Frau Müller sagte, dass kein Stadtrat eine Mehrheit auf sich vereinen konnte. Es wurde ein zweiter geheimer Wahlgang bei 50 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten durchgeführt.

Die Sitzung wurde während der Auszählung fortgesetzt.

Frau Müller verkündete das Ergebnis des zweiten Wahlganges:

Herr Misch	7 Ja-Stimmen
Herr Dr. Meerheim	19 Ja-Stimmen
Herr Wilts	20 Ja-Stimmen
Herr Bauersfeld	4 Ja-Stimmen

Frau Müller sagte, dass Herr Wilts als Wahlbevollmächtigter gewählt wurde.

Herr Wolter zog die Kandidatur der Fraktion MitBÜRGER für die Position als Stellvertreter des Wahlbevollmächtigten zurück. Er beantragte die Durchführung einer offenen Wahl.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Die Sitzung wurde während der Erstellung neuer Wahlzettel fortgesetzt.

Frau Müller stellte erneut die Anwesenheit mit 46 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest und rief auf, die geheime Wahl zum Vertreter des Wahlbevollmächtigten durchzuführen.

Die Sitzung wurde während der Auszählung fortgesetzt.

Frau Müller verkündete das Ergebnis des gewählten Vertreters des Wahlbevollmächtigten. Bei dann 50 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten wurde Herr Müller mit 39 Ja-Stimmen (und 11 Nein-Stimmen) zum Vertreter gewählt.

Abstimmungsergebnis: **gewählt**

Beschluss:

Der Stadtrat wählt

1. Heinz Dieter Wilts zum Wahlbevollmächtigten und
2. Dirk Müller zum Vertreter des Wahlbevollmächtigten

zur Vorbereitung der Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreter für den am Verwaltungsgericht Halle zu bestellenden Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richter.

zu 7.4 Vorbereitung und Durchführung der Wahl des Oberbürgermeisters (m/w/d)
Vorlage: VI/2019/05130

Herr Bürgermeister Geier führte in die Vorlage der Verwaltung ein.

Es gab keine Wortmeldungen.

Frau Müller wies auf das Mitwirkungsverbot von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand und Herrn Lange im Punkt 2 hin.

Im Weiteren bat **Frau Müller** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung der Wahl des Oberbürgermeisters (m/w/d) am 13.10.2019. Ferner beschließt der Stadtrat die Durchführung der Stichwahl des Oberbürgermeisters (m/w/d) am 27.10.2019.

Die Wahl und erforderlichenfalls die Stichwahl finden in der Zeit von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr statt.

2. Der Stadtrat beschließt die Ausschreibung der Stelle des Oberbürgermeisters (m/w/d) und setzt die Einreichungsfrist der Bewerbungen um das Amt des Oberbürgermeisters (m/w/d) auf den Zeitraum vom 08.08.2019 bis 17.09.2019 fest.
3. Der Stadtrat beruft Herrn Bürgermeister Geier zum Wahlleiter und Herrn Stadtverwaltungsoberrat Tappel zum stellvertretenden Wahlleiter.

zu 7.5 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VI/2019/05153

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2019 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt im Fachbereich Bildung:

1.24101 Schülerbeförderung (HHPL S. 1005)
Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 623.245 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Bildung:

19_4-510_1 Schulen (HHPL S. 1015)
Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Höhe von 623.245 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgenden Produkten:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL S. 1137)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 412.381 EUR

1.11171 Liegenschaften (HHPL S. 863)
Sachkontengruppe 44* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 210.864 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

19_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1141)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 412.381 EUR

19_3-240 FB Immobilien (HHPL S. 875)
Finanzpositionsgruppe 64* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 210.864 EUR.

**zu 7.6 Widmung der Clausthaler Straße
Vorlage: VI/2019/05042**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Widmung der Clausthaler Straße zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

**zu 7.7 Verzicht auf den Variantenbeschluss zum Spielplatz Nietleben Heidensee
Vorlage: VI/2019/05040**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, für den Spielplatzneubau Nietleben Heidensee auf den Variantenbeschluss zu verzichten.

**zu 7.8 Verzicht auf Variantenbeschluss für Fluthilfemaßnahme Nr. 198
Uferbefestigung der Saale, Anteil Böschungsbefestigung
Vorlage: VI/2019/04959**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Grundlage der in der Sitzung des Stadtrates Halle (Saale) am 31. Januar 2018 beschlossenen 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für die Stadt Halle (Saale) vom 29. Oktober 2014, zuletzt geändert durch Satzung vom 27. September 2017, bei der Fluthilfemaßnahme Nr.198 Uferbefestigung der Saale für den Anteil der Böschungsbefestigung auf einen Variantenbeschluss zu verzichten.

**zu 7.9 Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 0 Wohngebietszentrum Südpark
Ortsteil Neustadt - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04825**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einleitung des Verfahrens zur Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 0 Wohngebietszentrum „Südpark“ Ortsteil Neustadt.
2. Die Aufhebung umfasst den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 0 Wohngebietszentrum „Südpark“ Ortsteil Neustadt mit einer Fläche von ca. 1,17 ha. Der Geltungsbereich ist der Anlage 2 zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.
4. Die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 0 Wohngebietszentrum „Südpark“ Ortsteil Neustadt soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt werden.

**zu 7.10 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 159 Giebichensteinbrücke (BR
044)
Vorlage: VI/2019/04949**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 159 Giebichensteinbrücke (BR 044) entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 7.11 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale,
Anteil Böschungsbefestigung
Vorlage: VI/2019/05019**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale, Anteil Böschungsbefestigung, entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 7.12 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 288 Brachwitzer Straße
Vorlage: VI/2019/04975**

Herr Feigl sagte, dass die Straße derart ertüchtigt werden sollte, um nachhaltig den Anforderungen entsprechen zu können. Dies sei aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht gegeben, da Fuß- und Radfahrer keine Berücksichtigung fänden. Dies sollte zukünftig verbessert werden.

Herr Scholtyssek sagte, dass bei Fluthilfemaßnahmen nur das verbessert werden kann, was zerstört wurde. In dem Bereich gab es zuvor weder Fuß- noch Radweg. Eine Berücksichtigung dessen ist daher mit Fluthilfemitteln nicht möglich. Er fragte, ob die Errichtung von LKW- statt PKW-Stellplätzen nicht günstiger wäre.

Frau Riedel antwortete, dass der momentane Querschnitt nicht ausreichend ist, um LKW-Stellplätze auszuweisen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 288 Brachwitzer Straße zwischen Götschebrücke und Zufahrt Heizkraftwerk entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 7.13 Beschluss über Prioritätenliste zur Verwendung von Zuwendungen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes des Bundes (KInvFG) durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04807**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Verteilung der zur Verfügung gestellten Fördermittel in Höhe von 12,2 Mio Euro auf die kommunalen Schulen und auf die freien Träger anhand der Schülerzahlen der Schuljahresanfangsstatistik 2018/19.
2. Der Stadtrat beschließt die Prioritätenliste zur Verwendung von Zuwendungen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes des Bundes (KInvFG) durch die Stadt Halle (Saale).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Baumaßnahmen der Prioritäten 1 bis 13 an kommunalen Schulen Fördermittel gemäß der „Richtlinie Schulinfrastruktur“ zu beantragen (Anlage 1).
4. Sollten mit den Bauvorhaben der Prioritäten 1 bis 13 die Fördermittel in Höhe von rund 10,57 Mio. Euro nicht ausgeschöpft werden oder stehen Rücklaufgelder aus anderen Kommunen darüber hinaus zur Verfügung, wird die Verwaltung beauftragt, weitere Fördermittel entsprechend o. g. Prioritätensetzung (Anlage 2) zu beantragen.
5. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die folgenden als nicht förderfähig eingestuften Projekte im Rahmen des geplanten mittelfristigen Finanzvolumens in der Haushaltsplanung 2020 ff. einzuordnen:
 - a) Grundschule Westliche Neustadt, Neubau einer 3-Feld-Turnhalle
 - b) Förderschule für Geistigbehinderte „A. Lindgren“, Standort L.-Bethke-Straße
 - c) Campus Kastanienallee, Neubau Schulerweiterungsbau

**zu 7.15 Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule Silberwald und Förderschule "Janusz Korczak", Roßlauer Straße 13/14, 06132 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2019/04942**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule Silberwald und Förderschule „Janusz Korczak“, Roßlauer Straße 13/14, 06132 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Rahmen des Programms STARK III plus EFRE.

zu 7.16 Hinausschieben des Wirksamwerdens eines kw-Vermerkes im FB Sport bis zum 31.12.2020
Vorlage: VI/2019/05157

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stelle Sachbearbeiter/-in Vergabe der Sportstätten (520.2000.020, EG 7) mit kw-Vermerk verbleibt bis zum 31.12.2020 im Stellenplan. Damit wird der kw-Vermerk erst mit diesem Datum wirksam (Hinausschieben bis zum 31.12.2020).

zu 7.18 Verlängerung der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) – Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13, 14, 16 SGB VIII)
Vorlage: VI/2019/05139

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Gültigkeit der beschlossenen Jugendhilfeplanung 2016 – 2019 der Stadt Halle (Saale) in allen ihren Bestandteilen für weitere zwei Jahre bis zum 31.12.2021.

zu 7.19 Umsetzung ESF-Programm "Bildung integriert": Bildungsmonitoring
Vorlage: VI/2019/05136

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt gemäß des Bewilligungsbescheides die Erweiterung des Stellenplanes der Stadtverwaltung Halle (Saale) um eine 0,5 Vollzeitstelle zur weiteren Umsetzung des ESF-Bundesprogrammes "Bildung integriert" für den Zeitraum vom 01.05.2019 bis zum 30.04.2021.

Amts-/Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe	Anzahl der Stellen in VZS
SB Bildungsmonitoring	E 12	0,5

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04656 - erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters -

Herr Schreyer sagte, dass die Verwaltung, wie auch die antragstellende Fraktion, die Garagenbesitzer unterstützen möchte, jedoch unter Vermeidung von Nachteilen für die Stadt als auch für die Garagenbesitzer. Die Nachteile seien erheblich und wurden mehrfach dargestellt. Die Garagenbesitzer würden ihr Eigentum an den Garagen verlieren, das Schuldrechtsanpassungsgesetz gelte nicht mehr, sondern es würde nach den Regelungen des BGB entschieden, sodass die Stadt Eigentümer der Garagen werden würde. Die Abrissgebühren sollen durch die Stadt getragen werden. Dies ist nicht im Sinne des Gebots einer ordentlichen Haushaltsführung. Es besteht weiterhin kein Grund, dass die Stadt Eigentümer der Garagen wird.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die vom Oberbürgermeister dargestellten und geänderten Kosten nicht real sind. Kosten für Instandhaltung und Bewirtschaftung im Zuge eines Pachtverhältnisses sind durch den Pächter zu tragen. Diese Kosten habe man nicht als Stadt zu tragen, sondern als Pächter. Und Abrisskosten sind Kosten, die eventuell auftreten könnten.

Herr Schreyer sagte, dass eine unabhängige gutachterliche Stellungnahme der kommunalen Bewertungsstelle vorliegt. Die Verwaltung habe immer dargelegt, dass keine Änderung am Vertrag gewollt ist.

Herr Scholtyssek fragte, ob nicht eine Möglichkeit bestünde, die beiden vorliegenden Rechtspositionen aneinander anzulehnen, um eine Lösung zu finden. Seine Fraktion kann sich hier nur enthalten, da keine Darstellung umfassend und tiefgreifend war.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale) deren Nutzungsverträge zum 31.12.2019 nach Schuldrechtsanpassungsgesetz

enden, auf Wunsch ein weiteres Angebot- neben anderen Angeboten- zur Garagengrundstücksnutzung nach dem 31.12.2019 zu unterbreiten. Das Angebot soll ein Pachtvertrag über die städtischen Grundstücke, die für den Betrieb als Garagenstandort- wie im bisherigen Gebrauch – notwendig sind,

- 1.) mit einer Laufzeit von mindestens 15 Jahren und gültig ab dem 01.01.2020 sein
- 2.) Der Pachtzins wird in der aktuell gültigen Höhe festgelegt. Der Pachtzins wird darüber hinaus auf der Grundlage der Lebenshaltungskosten vereinbart und wertgesichert. Ändert sich künftig der vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelte Verbraucherpreisindex gegenüber dem für den Beurkundungsmonat geltenden Index, so erhöht oder vermindert sich im gleichen Verhältnis die Höhe des monatlich zu zahlenden Erbbauzinses. Eine Änderung soll jedoch außer Betracht bleiben, wenn sich der Verbraucherpreisindex um weniger als 10 Prozent ändert.
- 3.) Die Stadt Halle (Saale) soll im Rahmen des Pachtvertrages auch den Verzicht auf die Geltendmachung von Abriss- und Beräumungskosten gegenüber den Garageninteressengemeinschaften / Garagenbesitzern erklären.
- 4.) Beabsichtigt die Stadtverwaltung in Zukunft andere Nutzungsverträge für Garagengemeinschaften wegen Eigennutzung bzw. anderweitiger Nutzungsvorhaben zu kündigen oder vertraglich neu zu verhandeln, so ist dies dem Finanzausschuss und / oder dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 8.3 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion
Vorlage: VI/2019/04964

zu 8.3.2 Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)
Vorlage: VI/2019/05242

Herr Schachtschneider sagte, dass die CDU/FDP-Fraktion den Antrag zurückziehen würde, sollte der Änderungsantrag unter TOP 8.3.2 bestehen bleiben.

Frau Haupt sagte, dass es natürlich unterschiedliche Vorstellungen bezüglich der Ausgestaltung eines Behindertenbeirates gibt. Das Statement von Herrn Schachtschneider ist keine faire Haltung. Im Interesse des betroffenen Personenkreises sollte ein Behindertenbeirat errichtet werden.

Herr Senius sagte, dass man sich eigentlich in der Sache einig sei, nur verfolgen die antragstellenden Fraktionen unter TOP 8.3.2 nicht das Ziel eines Prüfauftrages, sondern einer direkten Umsetzung und Einrichtung eines Behindertenbeirates.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug vor, dass sich die Fraktionsvorsitzenden mit der antragstellenden Fraktion kurz beraten. Er beantragte eine 10-minütige Auszeit.

Die Sitzung wurde für eine 10-minütige Beratung, verbunden mit einer 30-minütigen Pause, unterbrochen.

Herr Senius sagte, die Formulierung des Beschlussvorschlages des TOP 8.3.2 im Punkt 1 von „Inklusionsbeirates“ in „Beirates für die Belange behinderter Menschen“ sowie im Punkt 4 von „Inklusionsbeirat/es“ in „Beirat/es“ zu ändern.

Herr Schachtschneider sagte zu, die Änderung zu übernehmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung des geänderten Antrages unter TOP 8.3.

**zu 8.3.2 Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)
Vorlage: VI/2019/05242**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, die Voraussetzungen für die Errichtung eines ~~Inklusionsbeirates~~ **Beirates für die Belange behinderter Menschen** der Stadt Halle (Saale) zu schaffen und dem Stadtrat bis zu seiner Sitzung am 30.10.2019 eine Beiratssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Dem Beirat gehören u.a. VertreterInnen der Behindertenverbände an. Die Fraktionen im Stadtrat der Stadt Halle haben die Möglichkeit, jeweils eine VertreterIn mit beratender Stimme in den Beirat zu entsenden.
3. Die Aufgaben des Beirates sind u.a.:
 - Beratung des Stadtrates und seiner Ausschüsse sowie der Stadtverwaltung in allen Fragen der Selbstbestimmung, Teilhabe und Barrierefreiheit
 - Erstellen von Handlungsempfehlungen an den Stadtrat und die Stadtverwaltung
 - Durchführung von Anhörungen zu spezifischen Sachverhalten
 - Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger in allen Fragen der Selbstbestimmung, Teilhabe und Barrierefreiheit sowie für die Belange von Menschen mit Behinderungen
 - Mitwirkung bei Planung und Errichtung öffentlicher Anlagen, Einrichtungen und Vorhaben der Stadt Halle (Saale)
4. Der ~~Inklusionsbeirat~~ **Beirat** soll durch eine sachkundige EinwohnerIn im Sozial-, Gesundheits-, und Gleichstellungsausschuss der Stadt Halle (Saale) vertreten werden (vgl. Seniorenvertretung der Stadt Halle e. V.). Die Fraktionen entscheiden im Rahmen ihres Vorschlagsrechts zur Berufung der sachkundigen EinwohnerInnen über die Freigabe eines ihrer Mandate zugunsten einer VertreterIn des ~~Inklusionsbeirates~~ **Beirates**.

**zu 8.3 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates
sowie eines Netzwerkes Inklusion
Vorlage: VI/2019/04964**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, die Voraussetzungen für die Errichtung eines Beirates der Stadt Halle (Saale) für die Belange behinderter Menschen zu schaffen und dem Stadtrat bis zu seiner Sitzung am 30.10.2019 eine Beiratssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Dem Beirat gehören u.a. VertreterInnen der Behindertenverbände an. Die Fraktionen im Stadtrat der Stadt Halle haben die Möglichkeit, jeweils eine VertreterIn mit beratender Stimme in den Beirat zu entsenden.
3. Die Aufgaben des Beirates sind u.a.:
 - Beratung des Stadtrates und seiner Ausschüsse sowie der Stadtverwaltung in allen Fragen der Selbstbestimmung, Teilhabe und Barrierefreiheit
 - Erstellen von Handlungsempfehlungen an den Stadtrat und die Stadtverwaltung
 - Durchführung von Anhörungen zu spezifischen Sachverhalten
 - Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger in allen Fragen der Selbstbestimmung, Teilhabe und Barrierefreiheit sowie für die Belange von Menschen mit Behinderungen
 - Mitwirkung bei Planung und Errichtung öffentlicher Anlagen, Einrichtungen und Vorhaben der Stadt Halle (Saale)
4. Der Beirat soll durch eine sachkundige EinwohnerIn im Sozial-, Gesundheits-, und Gleichstellungsausschuss der Stadt Halle (Saale) vertreten werden (vgl. Seniorenvertretung der Stadt Halle e. V.). Die Fraktionen entscheiden im Rahmen ihres Vorschlagsrechts zur Berufung der sachkundigen EinwohnerInnen über die Freigabe eines ihrer Mandate zugunsten einer VertreterIn des Beirates.

**zu 8.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE.im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorkaufsrecht
für bedeutsame Immobilien
Vorlage: VI/2019/04757**

Herr Gernhardt sagte, dass der Antrag in den Ausschüssen umfassend beraten und der Änderungsantrag der Fraktion MitBürger übernommen wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Falle des Verkaufs eines Gebäudes oder einer Fläche, bei dem der Stadt Halle (Saale) nach rechtlicher Prüfung grundsätzlich ein Vorkaufsrecht zusteht, zeitnah den Stadtrat über diesen Sachverhalt zu informieren, so dass der Stadtrat zusammen mit der Verwaltung entscheiden kann, ob die Stadt ihr Vorkaufsrecht geltend macht oder nicht.

zu 8.5 Antrag der Fraktionen DIE LINKE; SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Waldbeirat Vorlage: VI/2018/04550

Herr Lange und **Herr Aldag** führten die Intention des Antrages aus und baten um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen einer öffentlichen Informationsvorlage über die Abrechnung der zum 31.12.2019 auslaufenden 10-jährigen periodischen Betriebsplanung bezüglich der stadt eigenen Waldflächen zu berichten. Dabei sollen u.a. die eingesetzten finanziellen Mittel, die erwirtschafteten Deckungsbeiträge sowie die geplanten und erreichten Ziele der Waldbewirtschaftung und des Waldumbaus mit heimischen Baumarten dargestellt werden.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen einer öffentlichen Informationsvorlage über die ab dem 01.01.2020 gültige neue periodische Betriebsplanung bezüglich der stadt eigenen Waldflächen zu berichten. Künftig ist mit jährlichen öffentlichen Informationsvorlagen über die jährlichen Betriebspläne und deren Abrechnung Auskunft zu erteilen. Im Jahr 2025 soll eine Zwischenrevision den Stand der Erfüllung der Ziele der periodischen Betriebsplanung feststellen und bewerten.
3. Es wird ein Waldbeirat gegründet. Der Waldbeirat nimmt fachlich zu den 10-jährigen periodischen Betriebsplanungen und den jährlichen Betriebsplänen sowie deren Abrechnung Stellung und gibt dazu Handlungsempfehlungen ab, die den Informationsvorlagen beigelegt werden. Der Waldbeirat hat 7 Mitglieder und setzt sich zusammen aus fachkundigen Personen von Verbänden und Organisationen der Bereiche Forstwirtschaft, Forstwissenschaft und Naturschutz. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat im 3. Quartal 2019 einen konkreten Besetzungsvorschlag für den Waldbeirat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass die Öffentlichkeit über Hintergrund, Umfang und Auswirkungen von relevanten Bewirtschaftungsmaßnahmen auf städtischen Waldflächen informiert wird.
5. Die Stadtverwaltung prüft, ob die umfassenden Aufgaben der Waldbewirtschaftung durch eine stadt eigene Forstverwaltung erledigt werden sollten. Dabei sollen die

Erfahrungen der Städte mit eigener Forstverwaltung (z.B. Leipzig) einbezogen werden. Dem Stadtrat soll bis zum 3. Quartal 2019 eine Abwägung vorgelegt werden.

zu 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE zu Zwischennutzungen bei leerstehenden städtischen Gebäuden ermöglichen
Vorlage: VI/2019/04966

zu 8.6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zu Zwischennutzungen bei leerstehenden städtischen Gebäuden ermöglichen
VI/2019/04966
Vorlage: VI/2019/05267

Herr Gernhardt sagte, den Änderungsantrag der SPD-Fraktion unter TOP 8.6.1 zu übernehmen. Er bat um Zustimmung.

Herr Scholtyssek stellte in Frage, ob weitere soziokulturelle Räume geschaffen werden müssen, da bereits eine Vielzahl besteht., Er sagte, dass die Verwaltung stets dargestellt hat, dass es keine leerstehenden Gebäude gibt, die zwischengenutzt werden könnten. Die antragstellende Fraktion sollte dies berücksichtigen und nicht auf ihrem Antrag beharren. Die CDU/FDP-Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Herr Feigl sagte, dass es um eine Zwischennutzung insgesamt geht und nicht nur um eine Zwischennutzung durch linke Kulturen. Halle (Saale) hat mit dem Verein HausHalten e.V. einen sehr gut agierenden Verein, der dies mit privaten Grundstücken bereits umsetzt. Durch die Zwischennutzungen soll eine Werterhaltung der Gebäude erreicht werden. Länger leerstehende Gebäude werden auf Dauer nicht besser.

Herr Schied sagte, dass gemeinnützige kulturelle und / oder soziale Vereine, Sportvereine sowie Träger der Jugendhilfe oder Wohlfahrtspflege angesprochen werden sollen und nicht linke Gruppierungen, so wie von Herrn Scholtyssek dargestellt. Der Antrag ist zukunftsweisend, auch wenn aktuell keine leerstehenden Gebäude existieren.

Herr Dr. Wend sagte, dass der vorliegende Antrag durchaus eine Kompromissbereitschaft darstellt. Er bat um Zustimmung.

Frau Seidel-Jähmig sagte, dass der Antrag auch kleine Vereine unterstützen würde, welche bisher keine großen Möglichkeiten haben.

Herr Wolter sagte, dass ohne das Zutun der Verwaltung die bisherigen vielseitigen Zentren gar nicht vorhanden wären. Die Fraktion MitBÜRGER wird dem Antrag zustimmen.

Frau Krischok fragte, ob das Gebäude (ehemaliges Stellwerk) im Bereich Schlosserstraße/Thüringer Bahnhof im Eigentum der Stadtverwaltung ist und was damit vorgesehen ist.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Sie sagte, dass die im Bestand der Verwaltung existierenden Gebäude aus baurechtlichen, brandschutztechnischen, Schimmelbefall und ähnlichem nicht nutzbar sind.

Herr Nette sagte, dass die AfD-Fraktion den Antrag ablehnen wird, da dieser finanziell nicht untersetzt ist.

Herr Scholtyssek sagte abermals, dass fraglich sei, ob in Halle ein derartiger Bedarf für Vereine existiert. Die Verwaltung müsste mit Steuermitteln Gebäude in einen nutzbaren Zustand versetzen. Zu den Ausführungen von Herrn Feigl merkte er an, dass dies Wunschvorstellungen sind. Temporäre Nutzer investieren nicht in Gebäude, wenn sie nur vorübergehend dort agieren.

Herr Feigl sagte, dass die Goldene Rose beispielsweise jahrelang leer stand, bis der Verein HausHalten e.V. eine Nutzung in Absprache mit dem Eigentümer erwirkt und in eigener Regie das Gebäude hergerichtet hat und bislang betreibt. Dies ist ein Beispiel, wie ein Gebäude ertüchtigt und dauerhaft der Stadt erhalten bleiben kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**zu 8.6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zu
Zwischennutzungen bei leerstehenden städtischen Gebäuden ermöglichen
VI/2019/04966
Vorlage: VI/2019/05267**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext des Antrags erhält folgende Fassung:

Die Stadt Halle (Saale) ~~wird~~ **legt dem Stadtrat** zukünftig eine **Listung** längerfristig leerstehender städtischer Gebäude **quartalsweise in Form einer öffentlichen Informationsvorlage vor. Auf Beschluss des Stadtrats wird für einzelne Gebäude dieser Liste geprüft, ob diese Gebäude für eine Zwischennutzung zur Verfügung gestellt werden können.** ~~für Zwischennutzungen zur Verfügung stellen.~~ Dies umfasst städtische Gebäude oder räumlich abgegrenzte Gebäudeteile, die mehr als sechs Monate ungenutzt leer stehen und für die innerhalb der nächsten zwölf Monate keine festgelegte Nutzung existiert bzw. für die keine (Bau-) Arbeiten vertraglich verbindlich vereinbart sind und die baurechtlich prinzipiell nutzbar sind.

1. **Bei positivem Prüfergebnis** ~~In solchen Fällen soll~~ der Fachbereich Immobilien, Abteilung Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) eine Ausschreibung für eine kulturelle oder soziale Zwischennutzung durchführen.
2. Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an gemeinnützige kulturelle und / oder soziale Vereine, Sportvereine sowie Träger der Jugendhilfe oder Wohlfahrtspflege.
3. Dabei stellt die Stadt Halle (Saale) die Räumlichkeiten für mindestens zwei Jahre vorübergehend und befristet zur Verfügung, auf Wunsch der/ des Interessenten auch für kürzere Zeiträume. Eine weitere Verlängerung nach zwei Jahren bleibt möglich.
4. Es wird keine Mietzahlung von Seiten der Stadt Halle (Saale) verlangt, jedoch sind die Nebenkosten aus Verbräuchen durch den / die Zwischenmieter zu übernehmen.
5. Dem/ den Interessenten sind spätestens während der Ausschreibungsphase Begehungen (ggf. mit Architekten o.Ä.) zu ermöglichen. Temporäre und einfach rückbaubare Umgestaltungen in und an den Gebäuden – soweit rechtlich grundsätzlich zulässig- sollten erlaubt werden.
6. ~~Für die derzeit leer stehenden städtischen Gebäude im Sinne dieses Beschlusses werden Ausschreibungen eingeleitet.~~

zu 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE zu Zwischennutzungen bei leerstehenden städtischen Gebäuden ermöglichen
Vorlage: VI/2019/04966

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Beschlusstext des Antrags erhält folgende Fassung:

Die Stadt Halle (Saale) legt dem Stadtrat zukünftig eine Listung längerfristig leerstehender städtischer Gebäude quartalsweise in Form einer öffentlichen Informationsvorlage vor. Auf Beschluss des Stadtrats wird für einzelne Gebäude dieser Liste geprüft, ob diese Gebäude für eine Zwischennutzung zur Verfügung gestellt werden können. Dies umfasst städtische Gebäude oder räumlich abgegrenzte Gebäudeteile, die mehr als sechs Monate ungenutzt leer stehen und für die innerhalb der nächsten zwölf Monate keine festgelegte Nutzung existiert bzw. für die keine

(Bau-) Arbeiten vertraglich verbindlich vereinbart sind und die baurechtlich prinzipiell nutzbar sind.

7. Bei positivem Prüfergebnis soll der Fachbereich Immobilien, Abteilung Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) eine Ausschreibung für eine kulturelle oder soziale Zwischennutzung durchführen.
8. Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an gemeinnützige kulturelle und / oder soziale Vereine, Sportvereine sowie Träger der Jugendhilfe oder Wohlfahrtspflege.
9. Dabei stellt die Stadt Halle (Saale) die Räumlichkeiten für mindestens zwei Jahre vorübergehend und befristet zur Verfügung, auf Wunsch der/ des Interessenten auch für kürzere Zeiträume. Eine weitere Verlängerung nach zwei Jahren bleibt möglich.
10. Es wird keine Mietzahlung von Seiten der Stadt Halle (Saale) verlangt, jedoch sind die Nebenkosten aus Verbräuchen durch den / die Zwischenmieter zu übernehmen.
11. Dem/ den Interessenten sind spätestens während der Ausschreibungsphase Begehungen (ggf. mit Architekten o.Ä.) zu ermöglichen. Temporäre und einfach rückbaubare Umgestaltungen in und an den Gebäuden – soweit rechtlich grundsätzlich zulässig- sollten erlaubt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass trotz aller Klarheit des Antrages, die Verwaltung nur ihre Zustimmung geben wird, wenn rechtmäßige Zustände entstehen oder vorhanden sind.

**zu 8.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04967**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

In § 8 (1) der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale) wird Folgendes als Punkt 7 neu eingefügt:

Informationsveranstaltungen auf einer Fläche bis zu 10 m² bei nicht kommerziellen Veranstaltungen von Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen und Parteien

**zu 8.8 Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Errichtung von Fahrradbügeln am August-Bebel-Platz und am Islamischen Kulturzentrum in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2019/05063**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und in welchem Umfang sowohl am August-Bebel-Platz als auch am Islamischen Kulturzentrum bedarfsgerecht Fahrradbügel errichtet werden können.

**zu 8.11 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterzeichnung der Erklärung „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“
Vorlage: VI/2019/04988**

Herr Senius sagte, dass es in dem Antrag um die Umsetzung der Empfehlung des Deutschen Städtetages bezüglich der Konkretisierung von kommunalen Entwicklungszielen geht. Ohne die Mitwirkung der Kommunen wird die Zielrichtung der Agenda 2030 nicht realisiert werden können. Inhaltlich geht es um Klimathemen, biologische Vielfalt, Schutz von Wasser und Boden, faire Gestaltung des Handels sowie um soziale Gerechtigkeit und Frieden. Er bat um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Die Stadt Halle (Saale) schließt sich der Erklärung „2030-Agenda – Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ (https://skew.engagement-global.de/files/2_Mediathek/Mediathek_Microsites/SKEW/Themen/Global_Nachhaltige_Kommune/Beschluesse_und_Papiere/Musterresolution_2030-Agenda.pdf) an. Stadtverwaltung und Stadtrat sind damit dazu angehalten, die von den Vereinten Nationen (VN) am 25. September 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele („Sustainable Development Goals“ (SDG)) im Rahmen der kommunalen Verantwortlichkeiten mit Leben zu erfüllen.

**zu 8.16 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur nochmaligen Befassung des Stadtrats mit den Niederschriften der Stadtratsitzungen vom 30.01.2019 und 27.02.2019 öffentlicher Teil
Vorlage: VI/2019/05096**

Herr Nette sagte, dass es Mängel in den Niederschriften gibt, auf die er im Einzelnen nicht mehr eingehen wird. Die Position der Verwaltung dazu sei bekannt. Er zog den Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt den Einwendungen der AfD-Stadtratsfraktion gegen die Niederschriften der Stadtratsitzungen vom 30.01.2019 und 27.02.2019 zu folgen und diesen ~~die vorgetragenen Einwendungen als Anlage anzufügen wie folgt zu ändern:~~

A.) Niederschrift vom 30.01.2019:

TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters

1.) Den Satz-

Er berichtete, dass 240 Gruppenreiseveranstalter, Spezialanbieter und Vermarkter aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen und Großbritannien teilgenommen haben.

-durch den Satz-

Er berichtete, dass 240 Gruppenreiseveranstalter, Spezialanbieter und Vermarkter aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Dänemark, Norwegen und Großbritannien teilgenommen haben.

-zu ersetzen

2.) Die Sätze-

Die Stadt Halle (Saale) hat mit dem Haushaltsplan 2019 einen Konsolidierungspfad aufgezeigt: Der Liquiditätsrahmen wurde mit dem Haushaltsjahr 2019 um 5 Millionen Euro abgesenkt. Weitere Schritte werden in den kommenden Jahren erfolgen. Ab dem Jahr 2021 werden im Finanzhaushalt nach der Planung leichte Überschüsse ausgewiesen, mit denen der Stand der Liquiditätskredite weiter gesenkt werden soll.

-durch die Sätze-

Die Liquiditätskredite sind ein Thema das in Gänze auf Grundlage der gesetzlichen Änderungen zustande gekommen ist. Sie wissen hier müssen wir ein Konsolidierungskonzept einreichen. Herr Geier wird das jetzt vorstellen. So haben wir das jetzt vereinbart. Ich lade alle Stadträte ein, mit der Verwaltung dieses Konsolidierungskonzept aufzustellen.

-zu ersetzen

TOP 7.1 Teilnahme Städtetag

3.) Nach der Zeile 3

die Sätze-

Frau Dr. Brock fragte: Wie schließt man Mehrfachabstimmungen aus?
und
Herr Lange antwortete: Das lässt sich nicht ausschließen.

-einzufügen

TOP 8.2 Erhalt der Schorre

4.) Den Satz-

5.)

Herr Wolter sagte dass viele Gebäude in Halle eine Art historische Schwere bürden.

-durch den Satz

-Herr Wolter sagte dass viele Gebäude in Halle eine Art historische Schwere haben.

-zu ersetzen

6.) Nach der Zeile 18 die Sätze-

Herr Nette sagte, er habe auch in den alten Unterlagen gekramt, und ist auf das Protokoll dieses Parteitages gestoßen. Und damals beschloss die SPD als Grundlage des Staates die direkte Gesetzgebung durch das Volk und die Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk. Die allgemeine Wehrhaftigkeit und Volkswehr an der Stelle stehender Heere. Die Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, freies Denken und freies Forschen beschränken.

-einzufügen

TOP 9.11 Begrenzung des Ausländeranteils

7.) Nach der Zeile 1 die Sätze-

Herr Lange sagte Herrn Raue das ist Käse

Herr Raue sagte das ist kein Käse

Herr Lange sagte: Und ich werde Ihnen auch sagen warum ich das gesagt habe, weil ich bleibe in Neustadt wohnen

-einzufügen

TOP 10.8 Vorverkaufsrecht Grundstücksveräußerungen

8.) Den Satz –

Frau Dr. Marquardt sagte, dass dies geschehen wird.

-durch

-Frau Dr. Marquard sagte: Das wäre gut.

-zu ersetzen

TOP 10.11 Ersatzmaßnahmen Baumfällungen Halle-Saale-Schleife

9.) Nach der Zeile 12 die Sätze-

Er möchte nur die korrekten Antworten.

und

Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte: Die Antworten sind korrekt, die gefallen Ihnen möglicherweise nicht. Aber die Antworten sind aus unserer Sicht korrekt.

-einzufügen

TOP . 10.18

10.) Nach der Zeile 3 den Satz-

Herr Feigl fragte: Was muss denn geschehen dass sie die Mittelfreigabe haben?

-einzufügen.

11.) Nach der Zeile 8 die Sätze-

Herr Feigl sagte: „Dann würde ich davon ausgehen, dass sie nach dem 13. Februar unverzüglich mit der Maßnahme beginnen; gehe ich Recht in der Annahme? Ich nehme Ihr Nicken zur Kenntnis, danke.“

und

Herr Geier sagte darauf: „Da ist noch einmal der Hinweis wichtig: Wenn die Einnahmen da sind kann die Maßnahme auch veranlasst werden.“

-einzufügen

TOP 10.19

- 12.) Nach der Zeile 1 die Sätze-

Wer hat die Pflanzungen durchgeführt? Welche Kosten sind dafür entstanden? Wer hat die Pflanzungen bezahlt?

-einzufügen

- 13.) Nach der Zeile 2 den Satz-

Die gesonderten Spendenannahmen werden von der Stadt bei Baumpflanzungen nicht verzeichnet.

-einzufügen

- 14.) Nach Zeile 3 den Satz-

Er fragte: Wo sind die geldwerten Leistungen für 5000 Quadratmeter Pflanzungen erfasst?

-einzufügen

- 15.) Nach Zeile 23 den Satz –

Er fragte: Wer hat die Anpflanzung abgenommen?

-einzufügen

- 16.) Nach Zeile 28 den Satz –

Die Maßnahme ist daher noch nicht abgeschlossen.

- zu streichen.

- 17.) Nach Zeile 32 die Sätze-

Herr Rupsch: „Herr Wiegand, also ich empfinde es unheimlich anmaßend, wie Sie uns hier wie so ein Oberlehrer behandeln, ja?“

Herr Rupsch: „Herr Wiegand, also ich empfinde es unheimlich anmaßend, wie Sie uns hier wie so ein Oberlehrer behandeln, ja?“

Herr Wiegand: „Herr Rupsch, die Art und Weise...“

Herr Rupsch: „Jetzt rede ich.“

Herr Wiegand: „Mit Zeigefinger sogar.“

Herr Rupsch: „Ja, mit Zeigefinger sogar.“

Herr Rupsch: „Wenn wir Ihnen Fragen stellen, dann haben Sie die wahrheitsgemäß zu beantworten. Ich stelle diese wahrheitsgemäße Beantwortung in Frage, nach allem, was ich als Indizien vorliegen habe. Das ist alles was ich gesagt habe.“

Herr Wiegand: „Herr Rupsch, zum letzten Mal: Das ist hier kein Gerichtsverfahren und von Ihnen in der Art und Weise mit erhobenen Zeigefinger und in einer Anklageform, ist es nicht die Aufgabe der Verwaltung, diese Frage so zu beantworten.“

-einzufügen

TOP 12.17

18.) Nach Zeile 7 die Sätze-

Herr Raue: „Liebe Frau Brederlow, also Sie nennen sie Geflüchtete. Ich habe sie jetzt Flüchtlinge genannt. Da sagen Sie Flüchtlinge sind irgendwas aber nicht Geflüchtete, sagen Sie ja jetzt mehr oder weniger. Weil in Ihrer Antwort beziehen Sie sich ja nur auf Personen nach Asylbewerberleistungsgesetz. Da wir aber unsere Frage offen gestellt haben, hätten wir gern gewusst: Welche Personen insgesamt in Halle Leistungen beziehen. Das schließt also die Leistungen des Jobcenters selbstverständlich mit ein. Ich bitte Sie einfach, dass wenn Sie das nächste Mal so eine Frage bekommen, die jetzt nicht ganz so scharf in ihrer Dialektik formuliert ist, also Flüchtlinge statt Geflüchtete, trotzdem so wohlwollend zu beantworten, dass wir unsere Antwort kriegen. Nicht dass ich mich hier hinstellen muss und nerven muss. Das mach ich nicht gern. Ich würde mich freuen, wenn Sie die Antworten dann auch so geben. Weil uns interessiert jetzt nicht, wie viele sind jetzt mal eben gekommen, über deren Status noch nicht entschieden ist. Wir wollen die Hallenser aufklären, welche Leistungen notwendig sind, um die Leute hier zu betreuen. Das ist uns wichtig, damit wollen wir rausgehen. Und ja, deswegen würde ich mir wünschen, wenn Sie die Fragen dann einfach auch so verstehen würden. Oder Sie können ja auch zurückrufen, wie es gemeint ist.“

Frau Brederlow: „Wir rufen generell nicht zurück, wie es gemeint ist. Sie haben nach kommunalen Leistungen gefragt. Und zu den anderen Bereichen, die Sie möglicherweise interessieren, verweise ich Sie auf den Finanzausschuss. Hier berichtet die Verwaltung regelmäßig. Zuletzt am 30.11.2018 über die gesamten, finanziellen Aufwendungen in dem Bereich.“

Herr Raue: „Nur mal noch eine Frage: Sind SGB2-Leistungen keine kommunalen Leistungen?“

Frau Brederlow: „Nein, SGB2-Leistungen sind Bundesleistungen.“

Herr Raue: „Danke Frau Brederlow“

-einzufügen

B.) Niederschrift vom 27.02.2019:

TOP 5

1.) Den Satz-

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber dass die freiwilligen Feuerwehren von Nietleben, Lettin und Kanena am 08. Februar 2019 neue Mannschaftstransportwagen erhalten haben.

- Durch den Satz
- Herr Oberbürgermeister Wiegand informierte darüber, dass die freiwilligen Feuerwehren am 08. Februar 2019 neue Mannschaftstransportwagen erhalten haben.

- zu ersetzen

2.) Den Satz-

Investiert wurden 21,7 Millionen Euro aus Eigenmitteln der Stadt Halle (Saale).

- durch den Satz
- Es wurden 21,7 Millionen Euro einschließlich der Eigenmittel der Stadt investiert.

- zu ersetzen

TOP 7.1

3.) Auf Seite 18 in Zeile 47 das Wort-

Demokratieforderung

-durch

-Demokratieförderung

–zu ersetzen

4.) Auf Seite 18 in Zeile 50 das Wort-

- dort

-durch das Wort

- oder

zu ersetzen

TOP 7.8.1

5.) Nach der Zeile 18 die Sätze-

Herr Feigl sagte: Hier haben wir ein Instrument um gegenzusteuern. Um zu sagen: Wir wollen nicht, dass der Apfel tausende Kilometer durch die Welt schippert. Sondern wir wollen die regionalen Anbieter unterstützen. Da wollen wir Wirtschaftsförderung ansetzen.

Herr Bönisch sagte, anstatt regionaler Produkte werden Selbsterzeuger gefördert. Sie zielen mit der Forderung in die richtige Richtung, aber treffen falsch. Deswegen lehnen wir das ab.

- einzufügen

TOP 9.1.1

6.) Nach der Zeile 6 die Sätze-

Herr Helmich sagte, er könne die Verweisung nicht nachvollziehen. Da schon im Jahr 2016 die Erarbeitung einer Sportstättenkonzeption beschlossen wurde. Wir unterstützen, dass Selbstverständlichkeiten ausformuliert werden.

-einzufügen

TOP 9.5

7.) Nach der Zeile 2 die Sätze-

Herr Geier präzierte, er bezog sich auf konkrete Maßnahmen im April.

Herr Senius findet die Verweisung in den Finanzausschuss richtig und bittet um die Vertiefung der Frage, ob auf der einen Seite ein Investitionsprogramm aufgelegt wird, welches auf der anderen Seite die Landeszuweisungen verringert

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass er Herrn Senius Aussagen nachvollziehen kann. Man hat es nicht hinbekommen ein Finanzausgleichsgesetz zu schaffen, das dann in Gänze auch die Kommunen stärkt.

Herr Wolter kann die Verweisung nicht nachvollziehen

Herr Geier ergänzt: Man kann die Beschließung nicht empfehlen, weil die Frage der Querauswirkungen und die Frage der Zusätzlichkeit erst geklärt wird. Im Februar ist das noch nicht möglich.

Herr Dr. Meerheim gibt die Kreditbelastung zu bedenken und überlegt mit der Investitionspauschale die Kreditbelastung zu senken. Er begrüßt die Verweisung

Herr Geier sagt, dass die Stadt mehrere Zahlungen aus dem FAG erhält. Erstens geht es darum zu prüfen, ob einzelne Zahlungen da keine Reduzierung erfahren. Zweitens geht es darum, wie die Investitionspauschale in Bezug zur Haushaltsgenehmigung einsortiert werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete: Wenn die Summe ankommt kann es sein dass eine Maßnahme die wir vorgesehen haben daraus finanziert werden muss.

TOP 10.8

8.) Nach der Zeile 9 die Sätze-

Frau Ernst findet es gut, dass das Thema jetzt aufgearbeitet wird. Da ein einzelner Bürger bereits Drohbriefe an die Umweltministerin verfasst hat, welcher im Januar zusammen mit dem Herrn Lange ein Gespräch bei der Stadtverwaltung geführt hat.

und

Herr Schied sagt: Das ist eine Unterstellung. Der Bürger verwehrt sich dagegen; er hat den anonymen Drohbrief nicht verfasst.

und

Frau Ernst informiert darüber, dass dies nicht der einzige Brief ist, der im Zusammenhang mit der Bodenkippe Ammendorf versandt wurde.

-einzufügen

TOP 10.13

9.) Die Sätze-

Herr Fikentscher fragt nach: Wie bewertet die Verwaltung das Instrument des Vorkaufsrechts als Instrument der Stadtentwicklung?

Frau Dr. Marquardt antwortet Die Verwaltung hat sehr ausführlich auf den Antrag der Linken zum Vorverkaufsrecht geantwortet und aufgezeigt, wie eng der Rahmen für die Ausübung ist. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Man muss den Einzelfall prüfen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagt In dem Moment, wo es zwei gesetzliche Grundlagen gibt, die ein Vorkaufsrecht zwingend geben, können wir keine zusätzlichen planerischen Überlegungen anstellen. Weil sich das Vorkaufsrecht nach diesen beiden gesetzlichen Grundlagen richtet.

-einzufügen

TOP 12.16

10.) Den Satz-

Die Frage zur Passüberprüfung erfolgt schriftlich

-zu streichen

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zum Namenszusatz für die Georg-Friedrich-Händel Halle Vorlage: VI/2019/05176

Herr Scholtyssek brachte den Antrag im Namen der CDU/FDP-Fraktion ein. Für Besucher der Stadt sollte klar ersichtlich sein, dass Halle (Saale) ein Kongresszentrum hat. Daher der Vorschlag für den Namenszusatz.

Herr Lange verwies den Antrag in den Kulturausschuss, um auch über den kulturellen Aspekt beraten zu können. Dann kann entschieden werden, welcher Namenszusatz möglich ist, da auch ein ähnlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE bereits im Gremienlauf ist.

Herr Nette sagte, dass in der Franckestraße bereits ein Gebäude mit dem Namen Kultur- und Kongresszentrum existiert. Er befürchte bei der weiteren Verwendung des Namenszusatzes eine Verwechslungsgefahr.

Herr Wolter verwies den Antrag in den Finanzausschuss, um die entstehenden Kosten zu erörtern. Ebenfalls möge die Verwaltung darstellen, welche Auswirkungen sich auf den bestehenden Nutzungsvertrag ergeben, wenn es zu Änderungen in der Beschilderung, Internetpräsenz etc. kommt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Kulturausschuss
und
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Händel HALLE zukünftig den Namenszusatz „Tagungs- und Kongresszentrum“ erhält.

**zu 9.2 Antrag der der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Fluthilfemaßnahme
266 - Riveufer
Vorlage: VI/2019/05177**

Herr Scholtyssek brachte den Antrag im Namen der CDU/FDP-Fraktion ein. Im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten stellte die Verwaltung das Prüfergebnis einer Verringerung der Fahrbahnbreite auf 3,5m dar. Auf Grundlage dieser nachvollziehbaren Darstellung der Verwaltung resultiert der vorliegende Antrag. Er bat um Zustimmung.

Herr Schied sagte, dass die Straße als Einbahnstraße genutzt werden könnte, da der Verkehr dort gering ist und der Ausbau daher nicht nötig. Die Stadt müsse sich noch einmal intensiv mit dem Fördermittelgeber auseinandersetzen.

Frau Riedel stellte dar, welche zwei Maßnahmen zu unterscheiden sind.

Sie sagte, dass es am Riveufer eine Fluthilfemaßnahme gibt, welche die Promenade inklusive der Bäume betrifft und eine weitere Fluthilfemaßnahme bezüglich der Straße. Im Planungs- und Umweltausschuss wurde ausführlich dargelegt, dass die vom Stadtrat beschlossenen Punkte umgesetzt werden können, ausgenommen die Verschmälerung der Gemeindestraße auf 3,5m. Diese Maßnahme wäre zwar möglich, aber ohne Finanzierungsquelle.

Die Straße Riveufer ist eine Gemeindestraße und ohne Einschränkung als solche gewidmet. Wie diese genutzt wird, sind verkehrslenkende Maßnahmen, unabhängig des Widmungszweckes. Der Fördermittelgeber hat klar zum Ausdruck gebracht, dass die Fluthilferichtlinie keine Gestaltungsrichtlinie ist, sondern eine Schadensbeseitigungsrichtlinie. Mittels dieser kann die Gemeindestraße in ihrer Funktion wieder in den ursprünglichen Zustand hergestellt werden. Eine Fahrbahnbreite von 3,5m entspräche nicht mehr dem Zweck einer Gemeindestraße und es müsste eine Teilentwidmung erfolgen. Diese ist aber nicht förderfähig und die Finanzierung würde für diesen Abschnitt entfallen.

Herr Aldag sagte, dass auch die Bäume eine Rolle spielen. Der Rat habe eine Verschmälerung auf 3,5m beschlossen, um die jetzigen Bäume erhalten zu können und spätere Nachpflanzungen zu ermöglichen. Die Bäume benötigen diesen Raum zum Wachsen.

Frau Riedel sagte, dass die Straße verschmälert werden kann, dies aber nicht über Fluthilfemittel möglich ist.

Frau Winkler sagte, dass der Rat der Einschätzung der Verwaltung Glauben schenken möge. Die Fraktion MitBÜRGER tut dies und unterstützt daher den Antrag der CDU/FDP-Fraktion.

Herr Schied wies abermals darauf hin, dass auch eine Einbahnstraße eine Gemeindestraße ist. Der städtebauliche Charakter sollte an dieser Stelle nicht außer Acht gelassen werden. Er bat darum, dass die Verwaltung noch einmal mit dem Fördermittelgeber ins Gespräch kommt. Er verwies den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, um noch einmal intensiv darüber ins Gespräch zu kommen.

Herr Scholtyssek verwies den Antrag in den Finanzausschuss, damit die Fraktion DIE LINKE einen Finanzierungsvorschlag unterbreiten könne, da sie anscheinend keinen Gebrauch von den Fluthilfemittel machen möchte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Fluthilfemaßnahme 266 Riveufer, die Planung mit einer Fahrbahnbreite von 4,80m fortzusetzen und als Baubeschluss dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 9.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2019/05143**

Herr Krause führte im Namen der SPD-Fraktion in den Antrag ein. Er sagte, dass der letzte Mietspiegel 2010 erstellt wurde. Im Rahmen der Beschlussfassung zum wohnungspolitischen Konzept wurde festgelegt, einen Mietspiegel zu erstellen und diesen aller zwei Jahre fortzuschreiben. Bislang sei noch nichts erfolgt, da Entscheidungen des Bundes, sich finanziell daran zu beteiligen, ausstanden, welche auch nunmehr nicht eingetroffen sind. Daher der Antrag mit der Bitte um Zustimmung.

Herr Wolter sagte, dass der Beschluss zur Erstellung und Fortschreibung eines Mietspiegels 2016 beschlossen wurde, allerdings bislang ohne Ergebnis. Da finanzielle Auswirkungen entstehen, verwies er den Antrag im Namen der Fraktion MitBÜRGER in den Finanzausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger
in den
Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Gemäß der Beschlusslage im Wohnungspolitischen Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale) wird die Stadtverwaltung beauftragt, für die Stadt Halle (Saale) einen qualifizierten Mietspiegel nach § 558d BGB zu erstellen und diesen entsprechend der gesetzlichen Regelung alle zwei Jahre zu aktualisieren.

zu 9.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Freibades in Halles Süden
Vorlage: VI/2019/05187

Herr Krause führte im Namen der SPD-Fraktion in den Antrag ein. Der Antrag resultiere aus Gesprächen mit Anwohnerinnen und Anwohnern im halleschen Süden, die ein Freibad begrüßen würden. Er bat um Zustimmung zum vorliegenden Prüfantrag.

Frau Haupt sagte, dass hier Gesprächsbedarf besteht und verwies den Antrag in den Sport- und Finanzausschuss.

Herr Helmich sagte, dass ein Bau eines neuen Freibades im Rahmen einer Haushaltskonsolidierung wohl unmöglich ist. Die Versorgung mit Freibädern ist durchaus gut.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Sportausschuss
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Neubau eines Freibades in Halles Süden zu prüfen. Die Prüfung beinhaltet die Untersuchung möglicher Örtlichkeiten, die Erstellung konzeptioneller Varianten (Anzahl und Größe der Becken, Betrieb, Sprungturm, Liegefläche, Umkleidekabinen usw.), die Ermittlung der Kosten sowie die Aufstellung mittelfristiger Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten. Dem Stadtrat soll im Dezember 2019 das Prüfergebnis vorgelegt werden.

zu 9.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)
Vorlage: VI/2019/05188

zu 9.5.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)
Vorlage: VI/2019/05259

Herr Koehn führte im Namen der SPD-Fraktion in den Antrag ein. Der Antrag ist die Konsequenz einer veränderten Sachlage. Im Vorfeld des Novemberbeschlusses wurden intensive Gespräche mit dem Discounter am Hubertusplatz geführt. Trotz der Idee, sich zu vergrößern, ist dies im vergangenen halben Jahr nicht geschehen. Auch sei die Fläche für den Technologiepark obsolet. Er bat um Zustimmung zum vorliegenden Antrag, um noch einmal über den Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd beschließen zu können.

Frau Winkler verwies den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Herr Raue sagte, dass die Fläche für den Technologiepark erhalten bleiben sollte. Die Sachlage habe sich aus Sicht der AfD-Fraktion nicht geändert.

Herr Feigl sagte auch, dass sich die Sachlage nicht geändert hat. Die Fläche ist als solche für den Wissenschafts- und Innovationspark gewidmet. Zur genauen Untersetzung dessen verwies er den Antrag in den Finanz- und Stadtentwicklungsausschuss.

Herr Doege bat um Einbringung des Änderungsantrages des Oberbürgermeisters.

Herr Rebenstorf sagte, dass Edeka die Absicht hat, seine Flächen zu erweitern. Dieser Prozess bedarf Zeit, da die Grundstückssituation schwierig ist.

Herr Schied sagte, dass man eine vernünftige Nahversorgung in Heide-Süd möchte. Solch ein Nahversorgungszentrum trägt dazu bei und sollte nicht geschwächt werden durch einen neuen Vollsortimenter. Daher ist man gegen den Neubau eines Rewe-Marktes und für die Stärkung des Nahversorgungszentrums am Hubertusplatz.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 9.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)
Vorlage: VI/2019/05188**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und
Ausschuss für Stadtentwicklung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in der Sitzung des Stadtrates am 26. Juni 2019 erneut die Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230) in der Fassung vom 16. Oktober 2018 zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung zu setzen.

zu 9.5.1 **Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)**
Vorlage: VI/2019/05259

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und
Ausschuss für Stadtentwicklung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in der Sitzung des Stadtrates am ~~26. Juni~~ **28. August** 2019 erneut die Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd **in überarbeiteter Fassung, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)** in der Fassung vom ~~16. Oktober 2018~~ zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung zu setzen.

zu 9.6 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aufstellung öffentlicher Toiletten**
Vorlage: VI/2019/05189

Frau Seidel-Jähmig führte im Namen der SPD-Fraktion in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Aldag sagte, dass die zeitweise Aufstellung von Dixi-Toiletten nicht zielführend ist und verwies den Antrag in den Planungs- und Ordnungsausschuss, um über ein mögliches Konzept zu sprechen. Er fragte nach dem Stand der Realisierung einer Toilettenanlage auf der Würfelwiese.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Ernst sagte, dass die Aufstellung auf der Würfelwiese im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen wurde. Bislang sind die dafür zusätzlich vom Stadtrat geplanten finanziellen Mittel noch nicht eingegangen. Daher konnte die Maßnahme noch nicht realisiert werden.

Herr Schramm sagte, dass im Stadtgebiet eigentlich ausreichend Toiletten zur Verfügung stehen, die allerdings geschlossen sind. Er fragte, wann die Toilette am Steintor wieder in Betrieb genommen wird.

Frau Krischok verwies den Antrag in den Finanzausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, am August-Bebel-Platz, im südwestlichen Bereich des Marktplatzes, im Bereich des Rosa-Luxemburg-Platzes und des Landesmuseums für Vorgeschichte sowie am Skatepark Halle-Neustadt umgehend über den Sommer hinweg bis Ende September mobile Toilettenkabinen („Dixis“) aufstellen und regelmäßig reinigen zu lassen. Nach Möglichkeit sind die Toilettenkabinen angepasst an das jeweilige Umfeld optisch zu verkleiden (Holzverkleidung, Pflanzen o.ä.).
2. Die Stadtverwaltung wird zudem damit beauftragt zu prüfen, ob an diesen und gegebenenfalls weiteren Standorten saisonal aufgestellte Toilettenanlagen ausreichend sind oder ob nicht künftig dauerhaft sowie barrierefreie City-Toiletten aus ästhetischen sowie Kostengründen aufgestellt werden sollten. Die Informationsvorlage zu den Prüfergebnissen ist dem Stadtrat im September 2019 vorzulegen.

**zu 9.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vermeidung von
Einwegplastikmüll
Vorlage: VI/2019/05202**

Herr Feigl führte im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, sich in den nächsten Gesellschafterversammlungen der kommunalen Unternehmen dafür einzusetzen, dass künftig bei Veranstaltungen, in Kantinen und Verkaufsstellen der unmittelbaren und mittelbaren participationsunternehmen auf Einweg-Geschirr für Speisen und Getränke verzichtet wird.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit den Veranstaltern von Sondermärkten in Halle Möglichkeiten des Verzichts auf Einweg-Geschirr für Speisen und Getränke sowie auf Plastiktüten sowie mit dem Halle-Saalkreis Karneval Verein e.V. als Veranstalter des Rosenmontagsumzugs in Halle außerdem einen Verzicht des Einsatzes von Plastik-Konfetti zu verhandeln.

zu 9.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Prioritäten bei den Städtebaufördermittelanträgen
Vorlage: VI/2019/05203

Herr Feigl führte im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in der jährlichen Beschlussvorlage zur Beantragung von Städtebaufördermittelprojekten auch über kommunale Vorhaben und Vorhaben von Dritten zu informieren, die entsprechend der Prioritätensetzung der Stadtverwaltung und aufgrund fehlender Haushaltsmittel nicht im Programmjahr berücksichtigt werden können.

zu 9.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorrang für Erbbaurecht
Vorlage: VI/2019/05205

Herr Feigl führte im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Gernhardt verwies den Antrag in den Finanzausschuss. Er sagte, dass man bei den Ausnahmen über das Ulmer Modell von Grundstücksverkäufen reflektieren sollte.

Herr Krause sagte, dass die SPD-Fraktion vor vielen Jahren einen ähnlichen Antrag gestellt habe, der keine Mehrheiten erreichen konnte. Man müsste unterscheiden, ob zwischen Stadt und kommunalen Wohnungsunternehmen Immobiliengeschäfte getätigt werden oder mit Dritten. Man darf nicht mehr veräußern als möglich. Die SPD-Fraktion wird den Antrag unterstützen.

Herr Wolter sagte, dass bislang Flächen veräußert wurden, um das Haushaltsdefizit decken zu können. Eine Diskussion im Finanzausschuss ist nötig. Dem Antrag ist inhaltlich nicht zuzustimmen, da damit andere Sanierungspakete beendet werden.

Herr Doege sagte, dass der Antrag kein gutes Signal an Investoren ist.

Herr Nette sagte, dass man hier nicht generalisieren kann. Es ist im Einzelfall zu entscheiden. Es ist eine Frage der Stadtentwicklung, wie in Zukunft mit Investoren und privaten Häuslebauern umgegangen werden möchte. Er verwies den Antrag in den Stadtentwicklungsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion AfD Stadtratsfraktion Halle
in den
Ausschuss für Stadtentwicklung

Beschlussvorschlag:

Ab dem Haushaltsjahr 2020 werden städtische Grundstücke grundsätzlich nicht mehr verkauft und stattdessen über die Bestellung von Erbbaurechten an Dritte vergeben. Ausgenommen davon ist der Verkauf von Arrondierungsflächen bis zu 150 m². Über weitere Ausnahmen vom Verzicht auf Grundstücksverkäufe entscheidet das jeweils zuständige Gremium entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Halle.

zu 9.10 Antrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger) zur verbesserten Information der Öffentlichkeit bei Baumfällungen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/05217

Frau Dr. Schöps brachte den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Thematik zuvor im Naturschutzbeirat diskutiert werden soll, um dessen Vorstellung einer verbesserten Informationsübermittlung zu erhalten.

Herr Koehn verwies den Antrag in den Ordnungsausschuss.

Herr Scholtyssek sagte, dass dies ein inhaltsgleicher Antrag der Fraktion ist und fragte, ob er daher nochmal in den Ausschuss verwiesen werden kann.

Herr Richter sagte, dass der Antrag zuvor als Änderungsantrag zurückgezogen wurde und dieser daher erneut als eigener Antrag gestellt werden kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der angekündigten eigenen Bemühungen zu prüfen, ob und in welcher Form eine rechtskonforme Information von Anwohnern und interessierten Bürgern zu Baumfällungen rechtzeitig und direkt am Ort der Fällung erfolgen kann. Entsprechende Möglichkeiten sollten differenziert untersucht werden für
 - (1) Baumfällungen, die direkt von der Stadtverwaltung beauftragt werden,

- (2) solchen, die im Rahmen von Baubeschlüssen vom Stadtrat genehmigt werden,
- (3) Fällungen, die von Privatpersonen beantragt und genehmigt werden.

Die Informationen sollten im Zeitraum von 2 Wochen vor dem Termin der Fällung allgemein wahrnehmbar sein und Folgendes beinhalten:

- a) Grund der Fällung,
 - b) Baumart,
 - c) Baumstatus
 - d) Genehmigungsgrund und Kontaktdaten der Genehmigungsbehörde für Rückfragen sowie
 - e) gegebenenfalls Angaben zur Ausgleichsmaßnahme (Ort, Zeitraum).
2. Das Ergebnis der Prüfung wird zusammen mit den eigenen Vorschlägen der Stadtverwaltung bis September 2019 im Naturschutzbeirat und im Fachausschuss diskutiert.

zu 9.11 Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Vermeidung der Einbürgerung von Ausländern mit fehlender dauerhafter eigenständiger Sicherung des Lebensunterhalts
Vorlage: VI/2019/05197

Herr Raue brachte den Antrag im Namen der AfD-Fraktion ein und verwies ihn in den Sozial- und Finanzausschuss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion AfD Stadtratsfraktion Halle
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Einbürgerungsbehörde der Stadt Halle aufzufordern, Einbürgerungsbegehren von Ausländern nur dann zu entsprechen, wenn die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts für sich und die unterhaltsberechtigten Angehörigen dauerhaft gewährleistet sind.

zu 9.12 Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle auf regelmäßige Überprüfung der Aufenthaltsberechtigung EU-Ausländern bei der Beantragung und Verlängerung von Sozialleistungen nach SGB II
Vorlage: VI/2019/05208

Herr Raue brachte den Antrag im Namen der AfD-Fraktion ein und verwies ihn in den Sozial- und Finanzausschuss.

Frau Brederlow sagte, dass in der Oktobersitzung des Sozialausschusses erste Berichte des Jobcenters vorgestellt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion AfD Stadtratsfraktion Halle
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung:

- 1.) Bei jeder Antragsstellung und Verlängerung des Bezuges von Sozialleistungen nach dem SGB II die Berechtigung zum Aufenthalt der Antragsteller, seiner Angehörigen und begünstigten Mitgliedern von Bedarfsgemeinschaften aller sich in Halle im Zuge der EU-Freizügigkeit niedergelassenen EU-Ausländern zu überprüfen.
- 2.) Die Nachweise aus denen sich das Recht der Inanspruchnahme der Freizügigkeit für EU-Ausländer begründet sollen kritisch überprüft werden. Insbesondere sind deshalb Nachweise selbständiger oder unselbständiger Tätigkeiten, welche die Voraussetzung für eine Niederlassung nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU in Halle sind, kritisch zu hinterfragen.
Ziel ist es betrügerische Handlungen aufzudecken und den systematischen Zuzug in die Sozialsysteme zurückzudrängen.
- 3.) Dem Stadtrat ist, quartalsweise über die Zahl der in Halle lebenden Sozialleistungsbeziehenden-EU-Ausländer zu berichten.
- 4.) Den Stadtrat über die Höhe der Mittel, die Aufgrund der Sozialleistungsbeziehenden-EU-Ausländern aus dem städtischen Haushalt aufgewendet werden müssen zu informieren.

Die Sitzung wurde für eine 5-minütige Pause unterbrochen.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Gewerbeanmeldungen und der missbräuchlichen Nutzung für Sozialbetrug
Vorlage: VI/2019/05178**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Nutzung von Förderprogrammen des Bundes, hier zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur
Vorlage: VI/2019/05179**

Die Antwort erfolgt zum Stadtrat August.

**zu 10.3 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Identitätsbestimmung in der Ausländerbehörde
Vorlage: VI/2019/05181**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Spielflächenkonzeption der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05182**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.5 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu gerichtlichen Verfahren der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05183**

Die Antwort erfolgt zum Stadtrat Juni.

**zu 10.6 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu den Folgen der Hitzewelle
Vorlage: VI/2018/04282**

Die Antwort erfolgt zum Stadtrat Juni.

**zu 10.7 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu
Ersatzpflanzungen
Vorlage: VI/2019/05180**

Die Antwort erfolgt zum Stadtrat Juni.

**zu 10.8 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum
Baufortschritt am Hufeisensee
Vorlage: VI/2019/05190**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen
Personennahverkehr (ÖPNV)
Vorlage: VI/2018/04548**

Herr Gernhardt fragte, warum eine Beantwortung seit November nicht möglich ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Zuarbeit der HAVAG länger gedauert hat.

Die Antwort erfolgt zum Stadtrat September.

**zu 10.10 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE) zu Spielmöglichkeiten
auf Spielplätzen
Vorlage: VI/2019/05092**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.11 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE) zu
Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Diesterwegstraße
Vorlage: VI/2019/05089**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.12 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE) zur Ausstattung im
sanierten Gebäude der 2. IGS Halle
Vorlage: VI/2019/05081**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.13 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Straßenausbaubeiträgen
Vorlage: VI/2019/05185

Herr Krause kündigte schriftliche Nachfragen an.

zu 10.14 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Verkehrsführung und zu Kontrollen in der Kleinen Ulrichstraße
Vorlage: VI/2019/05186

Herr Schiedung fragte, wie die Verwaltung eine Verkehrsberuhigung in der Kleinen Ulrichstraße herbeiführen und Parkverstöße vor den Gaststätten unterbinden möchte.

Frau Ernst schlug eine Verkehrszählung vor, um den Sachverhalt objektiv betrachten zu können.

zu 10.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ersatzpflanzungen im Südpark
Vorlage: VI/2019/05093

Herr Aldag fragte, ob Ersatzmaßnahmen durch den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung realisiert werden können.

Herr Rebenstorf antwortete, dass bei kleinen Arbeiten kein Unternehmen Interesse hat.

zu 10.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung mit einem Projekt am Bundesprogramm "Blaues Band Deutschland"
Vorlage: VI/2019/04976

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Halle-Pass A
Vorlage: VI/2019/05193

Die Antwort erfolgt zum Stadtrat Juni.

zu 10.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Fahrgastzahlen der HAVAG in der Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: VI/2019/05198

Die Antwort erfolgt zum Stadtrat September.

**zu 10.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Informationen für sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner
Vorlage: VI/2019/05199**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Verwendung der Finanzmittel für Reparaturen an Straßen, Wegen und Plätzen in 2018 und die Planung 2019
Vorlage: VI/2019/05200**

Herr Feigl fragte, ob die Quotierung bei den unter Antwort 2 aufgelisteten Maßnahmen berücksichtigt wurde und welche Prozentpunkte zu welcher Maßnahme zugeordnet sind.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 10.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von Projekten in Glaucha
Vorlage: VI/2019/05201**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Sperrpfosten und Pollern
Vorlage: VI/2019/05206**

Herr Rupsch regte an, die Poller, die bei Dunkelheit nicht erkennbar sind, mit einem weißen Signalstreifen zu versehen. Beispielhaft nannte er die Poller am Dom in Richtung Cafe Nöö.

Frau Ernst sagte zum konkreten Beispiel eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 10.23 Anfrage der Fraktion MitBürger zum Einsatz von Open Source Software in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05212**

Die Antwort erfolgt zum Stadtrat Juni.

**zu 10.24 Anfrage der Fraktion MitBürger zum Bau eines Spielplatzes in Seeben
Vorlage: VI/2019/05213**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.25 Anfrage der Fraktion MitBürger zur Abschlepp-Praxis der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05214**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.26 Anfrage der Fraktion MitBürger zur Kostenheranziehung bei Pflegekindern
Vorlage: VI/2019/05215**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.27 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur steigenden Anzahl gefährlicher
Körperverletzungen und Tötungen mit Stichwaffen.
Vorlage: VI/2019/05209**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.28 Anfrage der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Echtheitsprüfung von
Dokumenten und Urkunden in den Meldeämtern der Stadt Halle
Vorlage: VI/2019/05195**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.29 Anfrage der AfD Stadtratsfraktion Halle zu Sozialleistungen-beziehenden-
EU-Ausländern in der Schlosserstraße und dem gesamten Einzugsgebiet der
Stadt Halle
Vorlage: VI/2019/05210**

Herr Raue fragte zum Punkt 8, warum keine Aussagen möglich sind.

Frau Brederlow sagte, dass keine Aussagen möglich sind. Die Behauptung, dass Ausländerbehörde, Jobcenter und Fachbereich Soziales nicht zusammenarbeiten, ist falsch. Es gibt eine intensive Zusammenarbeit aller Akteure.

Herr Raue sagte, dass dann nachvollziehbar sein müsste, wie viele Abweisungen es in den Jahren 2015-2018 gegeben hat.

Frau Brederlow sagte, dass die Antworten zu Sozialleistungen gegeben sind. Die Frage zum Aufenthalt müsste geprüft werden.

**zu 10.30 Anfrage der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Instandsetzung, Beräumung und Reinigung sogenannter Integrationswohnungen für Leistungsempfänger nach dem AsylbLG und SGB II
Vorlage: VI/2019/05211**

Die Antwort erfolgt zum Stadtrat Juni.

zu 11 Mitteilungen

**zu 11.1 Jahresrechnung 2018 und Haushaltsplan 2020 der Oelhafe-Zeysesche Stiftung
Vorlage: VI/2019/05123**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.2 Jahresrechnung 2018 und Haushaltsplan 2020 der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung
Vorlage: VI/2019/05124**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.3 IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04925**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass diese Informationsvorlage in eine Beschlussvorlage geändert wird.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek zum Kreuzungsbereich am Wasserturm Nord

Herr Scholtyssek bezog sich auf einen am 13.03.2019 geschehenen Unfall zwischen einer jungen Radfahrerin und einer Straßenbahn im Kreuzungsbereich am Wasserturm Nord und fragte, ob der Stadtverwaltung der besagte Unfall bekannt ist, worin die Ursache des Unfalls bestand, und welche Konsequenzen hinsichtlich der zukünftigen Vermeidung von derartigen Gefahrensituationen die Stadtverwaltung aus dem Geschehenen zieht.

Weiter, ob die Stadtverwaltung die Ansicht teilt, dass im Kreuzungsbereich am Wasserturm Nord das Gefahrenpotential durch eine entsprechende Ampelregelung wirksam reduziert werden könnte und falls ja, wie und wann man gedenkt dies entsprechend zu veranlassen und falls nein, welche anderen Möglichkeiten die Stadtverwaltung hier bereits sieht,

kurzfristig gefahrenreduzierend bzw. -vermeidend tätig zu werden und zuletzt, welche Lösung, im Rahmen des Stadtbahnprogrammes etwa, langfristig angestrebt wird.

Frau Ernst antwortete, dass der Verwaltung die Auswertung der Polizei noch nicht vorliegt. Die Antwort wird schriftlich nachgereicht.

zu 12.2 Herr Dr. Wend zur Stadtteilbibliothek im halleschen Osten

Herr Dr. Wend fragte nach dem Stand zur Stadtteilbibliothek im halleschen Osten und ob die Anregung, die ehemalige Liegenschaft der freiwilligen Feuerwehr Büschdorf nicht als solche zu nutzen, bedacht wurde.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass das Prüfergebnis zur heutigen Sitzung aufgrund der Anregung nicht vorgelegt werden konnte und im Juni erfolgen wird.

zu 12.3 Herr Krause zu einem Spielplatz

Herr Krause fragte, warum der neu errichtete Spielplatz am Heimstättenweg nicht nutzbar ist und wann eine Nutzungsfreigabe erfolgen wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass derzeit die TÜV-Abnahme erfolgt und anschließend der Spielplatz freigegeben wird. Der Rat wird über die Freigabe informiert.

zu 12.4 Herr Lange zur Forsteinrichtung

Herr Lange fragte, wann die neue Forsteinrichtung ausgeschrieben wird, wo dies stattfinden wird und ob es schon Kriterien gibt, beispielsweise Klimawandel-Anpassungsstrategien des Waldes.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.5 Herr Lange zur Dölauer Heide

Aufgrund der erhöhten Waldbrandgefahr fragte **Herr Lange**, wann die Feuerwehr zuletzt eine Übung in der Dölauer Heide absolviert hat und wann ggf. eine geplant ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.6 Herr Lange zum Bericht des Oberbürgermeisters

Bezugnehmend zum Bericht des Oberbürgermeisters und der Zusage, die Forderungen von Fridays for Future in das neue Klimaschutzkonzept zu übernehmen, fragte **Herr Lange**, ob die Forderungen: autofreie Innenstadt, kostenloser ÖPNV, 100 %-ig grüner Strom für die Stadtwerk und Ernährung tatsächlich analog übernommen werden sollen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Forderungen schrittweise abgearbeitet werden. Die Forderungen seien berechtigt und sollten als Ziele mit in das Klimaschutzkonzept aufgenommen werden.

zu 12.7 Herr Doege zum B-Plan Heide-Süd

Herr Doege bat um Erläuterung des Änderungsantrages des Oberbürgermeisters zum TOP 9.5, welche aufgrund der Verweisungen nicht erfolgt ist.

Frau Ernst antwortete, dass die Verwaltung Beschlussvorlagen einbringt und nicht der Rat über einen Antrag. Der Änderungsantrag soll die Einbringung der Vorlage in geänderter Form ermöglichen.

zu 12.8 Herr Doege zur Geschwindigkeitsbegrenzung am Glauchaer Platz

Herr Doege fragte, ob die Tempo-30-Beschilderung von der Hochstraße kommend in Richtung Glauchaer Platz nach der Fertigstellung der Baumaßnahme vergessen wurde zu entfernen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Prüfung zu.

zu 12.9 Herr Bönisch zum Abschleppverhalten in der Stadt

Herr Bönisch bezog sich auf seine Anfrage zum Abschleppen von Fahrzeugen von Taxi-Ständen und fragte, ob dies nun möglich ist. Die Antwort der Verwaltung habe er nicht verstanden.

Frau Ernst antwortete, dass die Rechtslage in der Antwort der Verwaltung dargestellt wurde.

Herr Bönisch fragte konkret nach, ob das Abschleppunternehmen Wetterau eigenmächtig Fahrzeuge von einem Taxi-Stand abschleppen darf.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine rechtliche Beantwortung zu.

zu 12.10 Herr Bönisch zum Verkehrspoller in der Sternstraße

Herr Bönisch fragte nach einem Ansprechpartner bzw. einer Notrufnummer, wenn es Störungen bei versenkbaren Pollern gibt und diese sich unkontrolliert auf und ab bewegen.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Mechanik störanfällig ist. Bei Störungen im öffentlichen Raum kann immer der Fachbereich Sicherheit kontaktiert werden. Er sagte eine Prüfung zu.

zu 12.11 Herr Scholtyssek zum Wahltag und zu den Wahlergebnissen

Bezugnehmend zur am Sonntag erfolgten langen Wahnacht fragte **Herr Scholtyssek**, ob nicht doch ein freier Arbeitstag für die städtischen Wahlhelfer am nächsten Tag möglich wäre.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dies als Anregung aufzunehmen.

Herr Scholtyssek fragte, wann die Ergebnisse der nicht gewählten Kandidaten veröffentlicht werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Veröffentlichung auf der städtischen Internetseite erfolgt.

zu 12.12 Herr Scholtyssek zur Grundschule Büschdorf

Herr Scholtyssek fragte nach dem aktuellen Zeitplan der Fertigstellung der Grundschule Büschdorf bis zum Schuljahresbeginn 2019/2020.

Frau Brederlow sagte, dass zum Anbau eine Machbarkeitsstudie vorliegt. Es wird vier Räume für die Schule und vier Räume für den Hort geben. Eine Fertigstellung ist für 2022 vorgesehen.

Herr Heinz sagte, dass die Ausschreibung des Ausbaus des Dachgeschosses bereits erfolgt ist und die Maßnahmen im Herbst beendet sein sollen. Der genaue Zeitpunkt müsste nachgereicht werden.

zu 12.13 Herr Scholtyssek zum Urteil Hafenstraße

Herr Scholtyssek fragte, ob der Verwaltung das Urteil zur Hafenstraße nunmehr vorliegt.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Frage beantwortet wurde, im nicht öffentlichen Teil der Sitzung gern weiter dazu gefragt werden kann.

zu 12.14 Herr Nette zu Protokollen

Herr Nette fragte, warum die Protokolle der Sitzungen nicht fristgerecht an die Ratsmitglieder versandt werden, speziell ob es ein personelles oder ein strukturelles Problem ist.

Frau Ernst antwortete, dass dies mit der vermehrten Beantragung und Erstellung von Wortprotokollen zusammen hängt.

Herr Nette sagte, dass dies auch Protokolle betrifft, für die keine Wortprotokolle beantragt werden.

Frau Ernst bat um Darlegung, welche Protokolle betroffen sind.

zu 12.15 Herr Wolter zur Kommunalwahl

Herr Wolter fragte, wie viele Einsprüche gegen die Kommunalwahl geltend gemacht wurden und wie die Verwaltung damit umgeht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass bis zum heutigen Tag keine Einsprüche vorliegen.

zu 12.16 Frau Krischok zum Ordnungsamt

Frau Krischok fragte, ob es sich bei den angekündigten zusätzlichen zehn Mitarbeitern für die Fahrradstaffel im Fachbereich Sicherheit um die zehn beschlossenen, mit einer Sperre vermerkten, Stellen handelt und wann die Stellenausschreibung für die Fahrradstaffel erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass Halle (Saale) die gleiche Anzahl an Ordnungskräften wie Leipzig hat. Es gab keine Sperre. Ausschreibungen und Einstellungen sind in der Vorbereitung.

Herr Geier sagte, dass Halle (Saale) die Vorgaben des Landesrechnungshofs beachtet und erst die Beschreibung der Stelleninhalte, dann die Bewertungen und dann die Ausschreibung erfolgt.

Frau Krischok fragte, ob es mittlerweile eine Einigung mit dem Personalrat im Hinblick auf die Dienstzeiten des städtischen Ordnungsdienstes gibt.

Frau Ernst sagte, dass eine gerichtliche Entscheidung vorliegt, da sich im Rahmen des Einigungsstellenverfahrens kein Ausgleich erzielen ließ. Die Praxis der Verwaltung wurde bestätigt und demnach wird verfahren.

zu 12.17 Herr Krause zu den Händel-Festspielen

Herr Krause fragte, ob geprüft wurde, ob die Eintrittskarten für die Stadträte zur Teilnahme an den Händel-Festspielen dem Ehrenkodex entsprechen.

Frau Ernst antwortete, dass im Anschluss an den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung eine Sitzung des Ehrenrates stattfindet, in der darüber entschieden wird.

zu 12.18 Frau Nagel zur Evakuierung am 27.05.2019

Frau Nagel fragte nach der Einschätzung zur stattgefundenen Evakuierung am 27.05.2019 aufgrund eines Bombenfundes am Hauptbahnhof.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Maßnahmen aus Sicht des Katastrophenschutzes herausragend gelaufen sind.

zu 12.19 Herr Raue zur Wahl

Herr Raue fragte, ob das Vier-Augen-Prinzip gewahrt ist, wenn der Wahlvorstand die Stimmen vorliest und die Beisitzer diese Stimmen auf den Vordrucken abhaken.

Herr Geier antwortete, dass das Vier-Augen-Prinzip gewahrt ist, da der Wahlvorstand und der Stellvertreter für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl verantwortlich sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um detaillierte schriftliche Darlegung, in welchem Wahllokal welcher Sachverhalt aufgetreten ist, damit dies umfänglich geprüft werden kann.

zu 13 Anregungen

zu 13.1 Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufstellung von Paperkörben im Naherholungsgebiet Kreuzer Teiche Vorlage: VI/2019/05196

Die **Fraktion Die LINKE** regte an, an den aufgestellten Bänken im Naherholungsgebiet Kreuzer Teiche, Papierkörbe aufzustellen.

zu 13.2 Anregung des Stadtrates Dirk Gernhardt (DIE LINKE) zur Teilnahme an der bundesweiten Aktion "Stadtradeln" Vorlage: VI/2019/05192

Herr Gernhardt regte an, dass sich die Stadt Halle (Saale) ab dem Jahr 2020 wieder an der bundesweiten Aktion „Stadtradeln“ (www.stadtradeln.de) beteiligt.

zu 13.3 Anregung des Stadtrates Kay Senius (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Erhöhung des Anteils an barrierefreien Wohnungen bei HWG und GWG Vorlage: VI/2019/05251

Herr Senius regte an, dass die Aufsichtsgremien der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) und der Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH sich dafür stark machen (und nach Möglichkeit einen entsprechenden Grundsatzbeschluss fassen), dass künftig bei Neubauvorhaben und grundhaften Sanierungen der Anteil an barrierefreien Wohnungen bzw. Wohnungen, in denen bereits bauliche Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass diese bei Bedarf ohne hohen Aufwand zu barrierefreien Wohnungen weiterentwickelt werden können, erhöht wird.

zu 13.4 Anregung des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Verbesserung der Sicherheit im Bereich der Haltestelle "Am Wasserturm"
Vorlage: VI/2019/05265

Im Bereich der Straßenbahnhaltestelle „Am Wasserturm“ ist es in diesem Jahr bereits zu zwei schweren Unfällen zwischen Fußgänger(inne)n/Radfahrer(inne)n und Straßenbahnen gekommen. Grund ist, dass es keine Extraampel, Umlaufgitter oder Hinweisschilder für die Querung der Straßenbahnschienen gibt. Die Ampel für Fußgänger(innen)/Radfahrer(innen) gilt nur für die Straße und nicht für die Querung der Straßenbahnschienen. Durch eine freie Sichtachse auf eine zweite Ampel (Paracelsusstraße in Richtung Nordfriedhof) wird fälschlicherweise ein Sicherheitsgefühl erzeugt, das dann bei der Querung der Schienen zu Unfällen führen kann, wenn man die Straßenbahn übersieht, die an dieser Stelle aufgrund der Steigung mit Schwung aus Richtung Innenstadt kommt. Im Stadtgebiet werden bei Querungen von eigenen Gleiskörpern der Tram oftmals Extraampeln, Umlaufgitter oder zumindest Hinweisschilder aufgestellt (Franckeplatz, Böllberger Weg usw.).

Wenn Verwaltung und Polizei trotz dieser Unfälle leider nicht der Meinung sind, dass an dieser Stelle eine Ampel aufgestellt werden sollte, um die Sicherheit zu erhöhen, regte **Herr Dr. Wend** an, zumindest ein aus beiden Richtungen gut sichtbares großes Hinweisschild „Achtung Straßenbahn“ o.ä. aufzustellen. Als Mitglied des Aufsichtsrates der HAVAG werde er das Thema auch in der nächsten Aufsichtsratssitzung ansprechen.

zu 13.5 Herr Lange zu Verkehrspollern

Herr Lange regte an, die schwarzen Poller an der Hafенbahntrasse sowie die Steinbrocken mit Reflektoren zu markieren, die Abstände zwischen den Pollern zu überprüfen und in Zukunft keine schwarzen Poller mehr anzuschaffen. Weiter regte er an, die Beschilderung der Hafенbahntrasse beidseitig in Höhe Huttenstraße/Merseburger Straße zu verbessern, da man bei der Straßenüberquerung nicht erkennt, wo die Hafенbahnstraße weiter verläuft.

zu 13.6 Frau Hintz zur Parkplatzsituation Innenstadt

Frau Hintz regte an, dass Anwohnerparken in der Innenstadt, beispielhaft am Schülershof, auszuweiten und auf Parkgebühren zu verzichten.

zu 13.7 Herr Raue zu Wahlen

Herr Raue regte an, bis zur Oberbürgermeisterwahl eine verbindliche Methode für die Wahlhelfer zu entwickeln, welche das Vier-Augen-Prinzip gewährleistet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies den Vorwurf zurück, dass die Verwaltung die Durchführung der Wahl nicht ordnungsgemäß vollzieht und die Bedeutung dessen nicht ernst nimmt.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

Es lagen keine Anträge auf Akteneinsicht vor.

Frau Müller beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer